

Arbeiter-Zeitung

Jeder Abonnent stelle sich als roter Wahlhelfer zur Verfügung!

Preis: 1,65 RM + 50 Pf. durch die Post bezogen. Einzelhefte 10 Pf. Vereins- u. Betriebsabonnenten 12 Pf. Die dreimonatliche Mitgliedsliste über den Preis 70 Pf. — Anzahlschlag in der Hauptexpedition um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr

für Schlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Kreuzberg Straße 50. Fernsprecher 460 39. Postfach 644.
Redaktion: Breslau 10, Kreuzberg Straße 50 (Vorderhaus). Fernsprecher 489 02. Ebrechtel der Redaktion: Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. — **Verlagsort:** Breslau. — **Verlag:** Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Kreuzberg Straße 50. Fernsprecher 460 39.

Massenaufmarsch in Düsseldorf für Ernst Thälmann

15 000 Proletariatskämpfer begrüßen den roten Arbeiterkandidaten — Die Delegationen der Kriegsbetriebe betunden ihre Entschlossenheit im Kampfe gegen die Kriegsverbrecher — Genosse Thälmann ruft: „Noch nie ist die Gefahr eines Angriffes der Imperialisten auf die Sowjetunion so groß gewesen, wie jetzt!“ — Macht die Betriebe kampfbereit!

Düsseldorf, 1. März. (Eig. Drahtber.) Hier sprach gestern der revolutionäre Präsidentschaftskandidat Genosse Ernst Thälmann. Der Riesensaal der Maschinenhalle, in der vor wenigen Wochen der Anstich der Nordwest-Millionäre, Hitler, gesprochen hatte, war schon Stunden vor Versammlungsbeginn überfüllt. In weiteren zwei der größten Säle Düsseldorf, in den städtischen Turnhallen und im Zoo, mußten Parallelversammlungen abgehalten werden, die ebenfalls überfüllt waren. Als Genosse Thälmann kurz nach 7 Uhr an der Spitze von mehr als 70 Betriebsdelegationen, den zahlreichen Delegationen der Erwerbslosen, Werkstätten, Reichshammer- und Betriebsarbeiter in den Sälen der Maschinenhalle einmarschierte, brach ein donnernder Beifall aus und 15 000 Hände reckten sich zu seiner Begrüßung. Unter den Betriebsdelegierten marschierten an der Spitze Vertretungen der entscheidenden Kriegsbetriebe des Niederrheins, Levertusen, IG-Farben, Bemberg, Rheinmetall und andere. Stark vertreten waren die uniformierten Straßenbahner und Eisenbahner.

Die Delegation der IG-Farben-Belegschaft betundete ihre Entschlossenheit im Kampfe gegen die Kriegsverbrecher durch Verlesung und Ablesung eines Telegramms an die Chemie-Arbeiter Moskau, den Rüstungsarbeitern zur Verteidigung der Sowjetunion. Der Führer der Partei Niederrhein, Genosse Schulte, entbot im Namen der Bezirksleitung des revolutionären Proletariats dem Genossen Ernst Thälmann die Grüße. Er erinnerte an die Rede Hitlers, der nicht vor den Proletariern, den Ausgebeuteten, sondern vor den Ausbeutern, den Nordwest-Millionären gesprochen hat.

Der Riesenbesuch zeigte, daß Düsseldorf und Niederrhein rot sind und rot bleiben.
Nicht endenwollende Begeisterungstürme brachen aus, als nun Genosse Thälmann auf das Podium trat. Aus seiner programmatischen Rede für die Präsidentschaftswahl sei unter anderem bemerkt:

„Die Bourgeoisie ist entschlossen, mit dem Mittel des Krieges einen neuen Ausweg aus der Krise zu schaffen. Während wir in dieser Verammlung Heerschau für unsere Kräfte halten, donnern in China bereits die Kanonen, werden Arbeiterstädte mit Gasgranaten und Fliegerbomben verwüstet; die SPD. aber spricht vom Völkerverbund als ein Friedensinstrument. Das Tanana-Dokument hat klar gezeigt, daß sich die Politik von Stahl und Eisen nicht nur gegen China, sondern vor allem gegen die Sowjetunion richtet.“ Genosse Thälmann fährt mit erhobener Stimme fort:

„Ich sage euch mit allem Ernst, noch nie ist die Gefahr eines Angriffes der imperialistischen Mächte gegen die Sowjetunion so groß gewesen wie jetzt.“

Weißgardistische Armeen stehen bereit, auf Wladimirof zu marschieren. Unsere Antikriegspropaganda allein genügt nicht; die größte revolutionäre Wachsamkeit des Proletariats ist erforderlich. Die Sitzung des Z. B. der KPD. hat einen Appell an die gesamte Arbeiterschaft gerichtet, die größte Aktivität gegen den weiteren Versand von Munition zu entfalten. Die Präsidentschaftswahlen stehen im Zeichen des Kampfes für den Sozialismus gegen den Kapitalismus. Wenn die Bourgeoisie den Angriff auf die Sowjetunion eröffnet, dann lagern wir den Imperialisten:

„Denkt ihr, wir stehen Gewehr bei Fuß? Denkt ihr, wir haben 1918 nichts gelernt?“

Wir werden nach den Worten Stalins alle Leidenschaften und Kampferfahrungen aufbieten, um die Kriegsverbrecher zu schlagen und das Proletariat zum Sturm zu führen.

Schlagt Hindenburgs SPD!

Der Arbeiterschaft Berlins, Deutschlands und der ganzen Welt bot sich am Sonnabend das einzigartige Schauspiel, daß ein Volk, das vor sieben Jahren Tag für Tag Hindenburg als grimmigsten Feind des Proletariats anprangerte, offiziell zur Wahl Hindenburgs aufrief. Wir meinen natürlich das Zentralorgan der SPD., den „Vorwärts“. Ueber seine ganze erste Seite geht in größtem Fettdruck die Proklamation: „Wählt Hindenburg!“, unterschrieben vom Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Es gibt kein anderes Argument für die Weis, Crispian und Pitte, als daß Hindenburg den „fortgeschrittenen Teil des Bürgertums“ gegenüber dem „reaktionärsten Teil“ mit Hitler repräsentiere. „Fortgeschrittener Teil des Bürgertums“: der Graf von Arnim-Mustau, der General Kind von Hindenburg, der Freiherr v. d. Goltz, der Graf Dohna, der Großausbeuter Silberberg!

Versteht ihr, sozialdemokratische Arbeiter, was man euch zumutet? Wie wird euch, wenn ihr daran denkt, daß ihr mit den reaktionären Kriegerverfeindern, daß ihr mit der Jungerugend, mit Admiralen und Generalen, mit dem Troß Kaiser Wilhelms II. zusammen auf Wahltag für Hindenburg gehen werdet? Ihr sollt Arm in Arm mit dem „fortschrittlichen“ Feudaladel, Arm in Arm mit Krupp von Bohlen-Halbach, Arm in Arm mit dem Fürsten von Lippe-Deimold, nicht zu vergessen seine Gemahlin, Hindenburgs Wahlbetreuer.

Diese SPD-Führer haben den Gipfel der Schande erklommen. Sie binden die sozialdemokratischen Arbeiter an den Feldmarschall des Krieges, an den General Wilhelm Hohenzollern, an den Präsidenten der Notverordnungen und des Youngplans, immer unter dem Vorwand, das Proletariat könne in Deutschland keine selbständige Klassenpolitik treiben, sondern müsse mit dem fortschrittlichen Teil der Bourgeoisie marschieren.

Seht euch doch die Lager an, die hinter den drei Kandidaten der Bourgeoisie aufmarschieren! Da ist der Hitler; und wer steht dahinter? Hinter Hitler steht der Trustkönig Frh. Thyssen! Da ist Herr Puesterberg; und wer steht dahinter? Dahinter steht ein anderer Teil der Schwerindustrie mit Herrn Böglert! Da ist Hindenburg; und wer steht hinter der Hindenburgwahl? Dahinter steht Herr Krupp von Bohlen und Halbach von der Rüstungsindustrie und Herr Duisberg vom Giftgastrost!

Das ist die Front der Kapitalisten! Gemeinsam ist diesen drei Lagern der klassenmäßige Inhalt, der soziale Inhalt, der wirtschaftliche Inhalt. Hier kämpfen drei Lager grundsätzlich für dasselbe Ziel, nämlich die Rettung des bankrotten kapitalistischen Systems. Und ihr, SPD-Arbeiter, sollt vor den Wagen dieses Systems gespannt werden.

Wir wissen, daß euch die Schamröte ins Gesicht steigt ob dieser Zumutung. Wir wissen, daß ihr es in euren Mitgliederversammlungen weit von euch weist, für den Ehrenpräsidenten des Stahlhelm Propaganda zu machen. Wir wissen, daß ihr die unsagbare Schändlichkeit eurer Führer, die euch Hindenburg ausliefern, niemals mitmachen werdet.

Es ist nötig — das sagen wir den sozialdemokratischen Klassengenossen in aller Offenheit — die schimpfliche Tat der SPD-Führer als einen Bestandteil ihrer ganzen Klassenverräterischen Politik zu begreifen. Denn was sie wenige Stunden vor dem Erscheinen des Aufrufs im Reichstag ausführten — das wird in der Geschichte eingetragener bleiben als Beweisstück für den tiefen Fall einer Partei, der SPD., in der einst Liebknecht und Luxemburg kämpften.

Kripp und Klar ergreifen die SPD-Abgeordneten im Reichstag Partei für Brüning. Sie haben die Nichtantragsanträge der Kommunisten niedergestimmt, und damit — daran gibt es nichts zu deuteln — für alle vergangenen und für die kommenden Notverordnungen, für den Lohn- und Gehaltsabbau, für die Kürzung der Erwerbslosenunterstützung und die ständige Antastung der Sozialversicherung gesorgt.

Das Brot wird verschlechtert

Die Auswirkung der Politik des „kleineren Übels“

Berlin, 29. Februar. Der Preislenkungsminister Dr. Goerke hat eine Verordnung erlassen, die bereits morgen in Kraft tritt und festlegt, daß der Ausmahlungsgrad des Roggens, der bisher 60 Prozent allgemein betrug, auf 70 Prozent erhöht wird. Dadurch soll erreicht werden, daß der Preis des Mehls um 2 Mark pro Doppelzentner gesenkt wird. Eine Brotpreissenkung kommt selbstverständlich nicht in Frage, da diese Preislenkung nur den Zweck haben soll, den bisherigen Brotpreis aufrechtzuerhalten und eine Erhöhung zu vermeiden.

In der amtlichen Erklärung zu dieser Angelegenheit wird ähnlich wie bei den Ersatzmitteln während des Krieges das neue Mehl gelobt, indem es heißt, daß

„ein 70prozentiges Mehl viel besser den besonders kräftigen Wohlgeschmack des Roggens zur Geltung bringt als niedriger gezojene Mehle“.

Der Profit wird den Großagrariern dadurch nicht geschmälert. Am Freitag vorige Woche haben die Sozialdemokraten den kommunistischen Antrag auf Verbilligung des Brotes abgelehnt. Der Antrag hatte folgenden Wortlaut:

Die Kommunisten beantragen:
Der Preis für 1 Kilogramm Brot ist auf den Durchschnittspreis des Jahres 1913 (0,28 Mark) herabzusetzen.
Sämtliche Zölle auf Lebens- und Futtermittel sowie die Zölle auf Bedarfsartikel des täglichen Lebens und Produktionsmittel des Bauern werden sofort aufgehoben.

Zeichnet am Lohntag auf die Sammelkarte für den Wahlfonds der KPD!

Diesen im Interesse der breiten werktätigen Schichten liegenden Antrag hat auch das „christliche“ Zentrum abgelehnt. Die christlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, die genau so Hunger leiden und jetzt Hindenburg wählen sollen, müssen mit dem Brüning-Zentrum vollständig kochen und sich der roten Klassenfront unter Führung von Ernst Thälmann anschließen.

Höchste Alarmbereitschaft!

Berlin, 1. März. (Eig. Drahtbericht.) Die Morgenblätter bringen in großer Aufmachung Mitteilungen über angeblich bevorstehende Waffenstillstandsverhandlungen zwischen China und Japan, die als Grundlage eine Zurückziehung weiterer Truppen und die Herstellung einer neutralen Zone in Schanghai haben sollen. Diese Meldungen sollen offensichtlich den Zweck haben, die Aufmerksamkeit der breiten Massen von dem Vorgehen der Imperialisten abzulenken.

Die Arbeiterschaft darf sich durch solche Meldungen nicht irreführen lassen. Die Arbeiterschaft muß ihre Maßnahmen zur Verhinderung des bevorstehenden imperialistischen Ueberfalls auf die Sowjetunion verstärkt treffen. Die Betriebsbelegschaften müssen gegen die Kriegskristungen und Munitionstransporte nach China mobilisiert werden. Der Streik, als wirksamste Waffe der Arbeiterklasse, muß rasch und konsequent angenommen werden.

Es lebe der revolutionäre Internationalismus zur Verteidigung der Sowjetunion und Sowjetchina!

Mobilisiert

die Breslauer Arbeiterschaft gegen den Tribut- und Kapitalknecht Hitler! Gegen die faschistischen Horden, die tagtäglich sozialdemokratische, kommunistische und Reichsbanner-Arbeiter überfallen! Für Ernst Thälmann, den Führer der nationalen und sozialen Befreiung!

Gedrukt in der Druckerei „Der Rote Stern“

Na, die Sozialdemokratie hat sogar dem Groener des Reiches ihr Vertrauen ausgesprochen, dem Groener, der den Nazis die Gewichte der Reichsmacht in die Hände drückt.

Als den Hunger der letzten Jahre und Monate, die schrecklichen Verhörungen der 6 1/2 Millionen Arbeitslose, den permanenten Hunger für die Betriebsarbeiterschaft, für die Kleinen Angestellten und Beamten — all das ist von der Sozialdemokratie heilig gehalten. Die faschistische Hungerpolitik der deutschen Bourgeoisie ist für die Arbeiter in derselben Sozialdemokratie, die das Politariat der Sozialdemokratie betreibt, daß sie gegen den Faschismus...

Wenn im Parlament fallen keine Entscheidungen. Aber im Parlament hat es jetzt vier Tage lang einen Anschauungsunterricht darüber gegeben, wie reaktionär die SPD, wie völkisch die NSDAP sind. In einem Augenblick, wo die Schalle von Schanaghat die Bedeutung zu bekommen beginnt, wo die Schalle von Serajewo, in einem Augenblick, wo die mehrheitlichen Bluthunde sich zum Sprung an der westlichen Grenze der Sowjetunion rufen — in diesem Augenblick ist im Reichstag die SPD-Führer nichts zu dem vordringenden Weltkrieg und die Nazi-Abgeordneten mit ihre chauvinistischen Kriegshexenparolen zu sagen. Und dies, obwohl die Lage so drohend ist, daß selbst Brüning in seiner Rede die enge Verquickung des fernöstlichen Krieges mit den europäischen Problemen unterstrich.

Es waren allein die Kommunisten, die von der Reichstagstribüne herab an das deutsche und das Weltproletariat appellierten, alles für den Frieden der sozialistischen Sowjetunion, alles gegen die Aufstellung Chinas durch die Imperialisten, alles zur Verhinderung eines zweiten imperialistischen Weltgemetzel zu tun.

Die Sache des Friedens ist die Sache der Kommunisten; die Sache des Krieges ist die Sache der SPD, die den Feldmarschall als Präsidentenwahlkandidaten aufstellt, die durch ihre Polizeipräsidenten, ihre Gewerkschaftsführer nichts gegen die Kriegstransporte durch und von Deutschland aus einzusetzen hat, und die durch ihre Bruderparteien auch offiziell den japanischen Vandalenimperialismus unterstützt.

An der Seite der SPD stehen die Nazis, deren Goebbels, Fried und Straßer zusammen mit Weis, Künstler und Severing den kommunistischen Antrag auf Einstellung der Youngzahlungen und der sogenannten privaten Tributverpflichtungen an das kapitalistische Ausland niederstimmten. Tributfront vom Halenraub bis zu den schwarzrotgoldenen Retzern der „Eisernen Front“! Kriegsfrent von Hitler bis Weis!

Aber schon steht eine neue millionenstarke Front, die den Arbeitern verkündet, daß sie schwach nur solange sind, als sie sich als Anhänger der Bourgeoisie mißbrauchen lassen, daß sie aber ihre ganze Stärke entfalten werden, wenn sie als selbständige Klassenkraft auf den Plan treten. Und dann sind sie unüberwindlich.

Die Hindenburg-Fraktion und die Hitler-Nazis — das sind die Vertreter des kapitalistischen Bankrotts. Die rote Einheitsfront unter Führung der kommunistischen Partei ist die Kraft, die den sozialistischen Ausweg aus dem kapitalistischen Chaos bahnt.

Die Klasse der Zukunft gegen die Klasse der Vergangenheit, das Heer Thälmanns gegen die Heiligkeit der Hindenburg-Hitler-SPD-Arbeiter. Kannst du noch zweifeln, an wessen Seite du stehen sollst?

Sendewik-Partei auch für Young-Sklaverei!

Die kommunistische Reichsregierung hat durch ihren Antrag auf Einstellung der Youngzahlungen nicht nur die Hitler-Partei, sondern auch die „Sendewik-Partei“ (SWP) in die Lage versetzt, sich als „Partei der Arbeiter“ zu präsentieren. Die SWP kann unterhalb der Schwelle der Reichsregierung nicht zum Ausdruck kommen. Aus diesem Grund werden vorerst keine Abgeordneten aus dem kommunistischen Reichstag auf dem Namen der „Sendewik-Partei“ (SWP) vom 27. Februar) in derselben Kammer heißt es über in dem Reichstagsprotokoll vom 27. Februar:

„... müssen die Parteien des Proletariats die Aufhebung der dem kapitalistischen System entsprechenden ... Tributverpflichtungen ... und solche Vereinigungen (Völkerverbände, Bündnisse der kapitalistischen Staaten) haben ... die Funktion der Sicherung gemeinsamer Ausbeuterinteressen und der Vorbereitung und Fortmierung der neuen Kriegsfrenten im Dienste der imperialistischen Weltmächte ...“

Diese rechtlichen Phrasen sind also nicht gemeint, sie sollen nur den Proleten die Augen erwecken, sie befinden sich in einer rechtlichen Falle. In der Reichstagskammer die SWP-Führer den Reichstag, der dem in- und ausländischen Kapital (vgl. auch ihre Rede bei der Reichstagskammer gegen Lohnraub) und -Schänden von „Nationalsozialismus“. Es gibt keinen „Nationalsozialismus“, der nicht zugleich auch international wäre. Ein Nationalsozialismus, hinter dem die ungeheure Mehrheit des wertartigen Volkes steht, wird im breiteren Verständnis mit den Proletariern der Sowjetunion und der kapitalistischen Länder stark genug sein, jeden Sklavenpakt zu zerreißen, ebenso wie die russische Sowjetmacht 1917 die zaristischen Schuldscheine für null und nichtig erklärt hat.

Diese politische Haltung der Rosenfeld, Ziegler u. Co. im Reichstag dürfte wohl mit dazu angetan sein, daß die Arbeiter, die heute noch hinter diesen Leuten stehen, zu der schnellsten Erkenntnis kommen, daß man mit ihnen politisch und organisatorisch brechen muß. Sie werden hier ganz offen als Agenten des in- und ausländischen Kapitals, als Handlanger des Klassenfeindes auf. Sie müßten hier offen ihre Nase fallen lassen und mit den Weis u. Co. für Kriegskriegs- und Völkerverbündnisse stimmen. Wer für den Völkerverbund eintritt, der unterstützt den imperialistischen Krieg im Fernen Osten, der unterstützt die Interventionsvorbereitungen gegen die Sowjetunion, das einzige Vaterland der Arbeiter und Bauern.

Es ist klar, so wenig der Volkswille mit diesen Vorkäufen ein Bündnis eingehen kann, auch wenn sie ein betrügerisches Lippenbekenntnis für Thälmann abgeben, so sehr ist er bereit, sich im gemeinsamen Kampf gegen die Verflechtung durch die eigene und fremde Bourgeoisie mit den Arbeitern zu verbünden, die heute noch von den Helfershelfern des Kapitals in der SWP irreführt werden. Der Kampf für den Arbeiterkandidaten wird und muß ein weiterer Schritt zur Normierung der roten Arbeiterfront unter leninistischer Führung sein.

Niederschlesische und oberschlesische Kameraden!

Solidarität mit den streikenden Bergarbeitern Polens

Kameraden!

Die polnischen Bergarbeiter des Dombrowaer und Krakauer Reviers stehen unter Führung der ASD und der selbstgewählten Streikleitung im Streit gegen den 21 prozentigen Lohnabbau. Seit einigen Tagen hat sich die Streikfront auch auf das polnisch-oberschlesische Revier ausgebreitet. Die faschistische Pilsudski-Polizei mit Unterstützung der reformistischen und faschistischen Gewerkschaftsführer wollten den Streik mit blutigen Terrormaßnahmen niederschlagen. Fünf Bergarbeiter wurden getötet und eine Anzahl verletzt. Trotzdem steht die Streikfront fest.

Kameraden! Die polnischen Bergarbeiter haben wiederholt bewiesen, daß sie trotz Krise durch Streik den Lohnabbau verhindern haben. Durch Ausübung von betrieblichen Kämpfen haben sie den betrieblichen Lohnraub zum Stoppen gebracht und streiken nun auf der ganzen Front gegen den 21 prozentigen Lohnabbau — für Lohn-erhöhung!

Die polnischen Bergarbeiter benötigen die Kampfsolidarität der deutschen Bergarbeiter.

Das Internationale Komitee der Bergarbeiter fordert die deutschen Bergarbeiter auf, sofort mit aller Kraft die Solidaritätsaktion zu organisieren. Wir kommen dieser Aufforderung gern nach. Der Hauptvorstand des GBD hat bereits als erste Rate 250 Mark für polnische Bergarbeiter überwiesen und wird Sammellisten herausgeben. Jetzt muß die Solidaritätsaktion in den Gruben organisiert werden. Nehmt in Massenversammlungen dazu Stellung. Protestiert und helft den polnischen Bergarbeitern, den Kampf dagegen und gegen den faschistischen Mordterror zu führen. Organisiert und führt Sammelaktionen durch!

Es lebe der Streik der polnischen Bergarbeiter, es lebe die internationale Solidarität!
Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands.
ASD-Industriegruppe Bergbau.

Neuer Schwindel der SWP über die KGD!

Nachdem das letzte Nummer der bankrotten SWP-Führung in der Reichspräsidentenfrage an der bolschewistischen Unverfrorenheit der kommunistischen Partei gegenüber allen Zuhältern der Sozialisten und Kapitalisten gescheitert ist, wagt die „SWP“ den alten Schwindel auf, wir wollten die KGD „preisgeben“. Das Blatt bemüht sich in seiner Ausgabe vom 28. Februar krampfhaft, an Hand von Zitaten aus unserem Bericht über die Plenartagung des ZP (vgl. „AZ“ vom 27. Februar) keinen Befehl „eine neue taktische Schwärzung“ der SPD. weiszumachen. Wir erklären vor der Arbeiteröffentlichkeit, daß wir gar nicht daran denken, die KGD-Politik „preiszugeben“, daß diese vielmehr einen unauflösbaren Bestandteil der bolschewistischen Generallinie bildet. Preisgabe der KGD würde Verzicht auf die Zusammenfassung von Hunderttausenden unorganisierten Arbeiter bedeuten, die von dem Klassenverrat der „freien“ Gewerkschaftsbürokratie angeleitet sind, würde bedeuten, Tausende von revolutionären Arbeitern, die von dieser Gewerkschaftsbürokratie ausgeschlossen wurden, in die Passivität zu treiben. In welcher niederträchtiger Weise die „SWP“ im Interesse der Kapitalisten und der mit ihnen verpupperten Sozialfaschisten die revolutionären Kader zu vernichten sucht, dafür nur ein Beispiel: Der menschensüchtige Schreiber stützt den Satz, in dem von der unbedingten Notwendigkeit die Rede ist, „eine umfassende, schnelle und kühne Wendung auf dem Gebiete der Betriebsarbeit zu vollziehen“, und schreibt dann weiter:

„Zwar wird uns gewöhnlichen Sterblichen die Richtung dieser „Allgemeinen Wendung“ vorenthalten ... Sollten nämlich jene bisher noch so sorgfältig geheimgehaltenen Beschlüsse tatsächlich eine Revision der KGD-Politik bedeuten, dann uhm.“

Der Verfasser behauptet also, daß aus unserem Bericht nicht die Art der Wendung zu erkennen sei und fast mit geheimen Beschlüssen. Dabei heißt es unmittelbar hinter dem oben erwähnten Satz in unserem Bericht: „Die Betriebszelle ist die wichtigste Einheit der Partei.“ Diese Erkenntnis haben wir längst in unseren Beschlüssen festgelegt, aber die praktischen Konsequenzen wurden leider bis jetzt nicht daraus genügend gezogen. Worauf es ankommt das ist ... tatsächlich die Betriebsarbeit in den Mittelpunkt unserer Massenpolitik zu rücken ...“

Klar und deutlich ist hier gelagt, daß die Wendung nicht in einer Preisgabe der KGD besteht, sondern in einer maximalen Verstärkung unserer Betriebsarbeit, sowohl an der innergewerkschaftlichen Front wie bei der Erfassung der Unorganisierten in der KGD und den roten Verbänden. Unsere Genossen werden den neuesten Schwindel der SWP-Agenten damit beantworten, daß sie diese Wendung zur Tat werden lassen. Kein Betrieb ohne Betriebszelle der Partei! Kein Betrieb ohne KGD-Gruppe!

Rote Wahlhelfer vor die Front!

Umwelungen an alle Betriebszellen, Ortsgruppen- und Straßenzellen über Aufbau und Tätigkeit der „Roten Wahlhelfer“

Die begeisterte Zustimmung der Arbeitenden in Stadt und Land für die Kandidatur Ernst Thälmanns zur Reichspräsidentenwahl muß von der Partei und den ihr befreundeten Organisationen gefeiert werden zu dem Willen, sich aktiv in die kämpfende Einheitsfront einzureihen.

1. Die Partei mit Unterstützung der ihr befreundeten Organisationen schaffen in allen Orten des Bezirks als Hilfsorgane für die Durchführung der Reichspräsidentenwahl sowie der Parlamentswahlen in Preußen, insbesondere aber zur Massenmobilisierung der Werktätigen in Stadt und Land zwecks Verbreiterung des politischen Einflusses und der organisatorischen Basis der Partei.

Rote Wahlhelfer

2. Die roten Wahlhelfer und Jungwahlhelfergruppen sind keine selbständigen Organisationen mit eigenem Programm und politischen Aufgaben, stellen keine speziellen und besonderen Forderungen im Wahlkampf auf, sondern sie sind anfeindparteiliche Hilfsorgane der Partei zur Verstärkung der Massenbewegung für Arbeit, Freiheit und Brot, die alle Arbeiter und Jungarbeiter erfassen, die bereit sind, der Partei bei der Massenmobilisierung zu helfen, besonders auch in allen Orten des Bezirks, in denen Ortsgruppen der Partei nicht bestehen.

3. Die rote Wahlhelferbewegung ist keine zentrale noch bezirkliche Organisation. Die Wahlhelfergruppen werden örtlich zusammengefaßt und erhalten von der Parteileitung des Ortes alles Material, wie Flugblätter, Plakate, Zeitungen, Sammellisten usw. In den Städten mit mehreren Stadtteilen oder Stadtbezirken wird ein zentrales Wahlhelferlokale errichtet, von welchem die Wahlhelferlokale in allen Stadtteilen beliefert werden. In Orten, wo keine Ortsgruppe der Partei besteht, wird den Wahlhelfern das Material durch die Bezirksleitung geliefert. Solche Orte müssen der BL sofort gemeldet werden.

4. Die Leitung der Wahlhelfergruppen, ebenso wie die Kontrolle der Arbeit der Wahlhelfer, wird in einem in jedem Ort zu bildender Komitee durchgeführt.

5. In den Komitees müssen sozialdemokratische Arbeiter, christliche Arbeiter, Reichsbanner-Arbeiter, auch Mittelständler, händische Angestellte zusammengefaßt werden.

6. Die roten Wahlhelfer und Jungwahlhelfer treten täglich zum Dienst in ihren Wahlhelferlokale an, von dem aus durch die Gruppen die Verteilung von Zeitungen und Flugblättern, Herstellung von Plakaten und Transparenten, Gewinnung von Presselesern und Parteimitgliedern durchgeführt wird.

7. Die roten Wahlhelfer und Jungwahlhelfer müssen von der Partei registriert werden und sollen nach Möglichkeit als Ausweis eine Legitimationskarte, auf welcher die tägliche Arbeit vermerkt wird, erhalten, die von den Ortsgruppen und Jellen selbst hergestellt werden müssen.

8. Die roten Wahlhelfer müssen außer dem von der Partei ge-

liefernten Material die größte eigene Initiative durch Herstellung eigener Plakate, Straßenzeitungen, Häuserblockzeitungen, Dorfzeitungen, Ortszeitungen, Betriebszeitungen und Handzettel, durch Ausschmückung der Häuser und Straßen zur Wahl entfalten.

9. Die roten Wahlhelfer geben keine eigenen Sammellisten heraus und führen keine selbständigen Sammlungen durch, dergleichen dürfen keine besonderen Abzeichen und sonstiges Veranlassungsmaterial anderer Organisationen vertrieben werden. Alle Sammellisten und Verkaufsmaterialien müssen durch die Ortsgruppe der Partei von der Klasse des Bezirks bezogen werden. Wo Parteiorbgruppen nicht bestehen, bezieht das Wahlhelferkomitee die Materialien direkt von der BL der Partei. In letzterem Falle erhält das Wahlhelferkomitee 10 Prozent von den gesammelten Geldern.

10. Die roten Wahlhelfer müssen alle Betriebe erfassen, dafür sorgen, daß im Stadt- und Gemeindeparlament, in öffentlichen und Gewerkschaftsversammlungen Resolutionen und Zustimmungserklärungen für den roten Arbeiterkandidaten angenommen werden. Ebenso müssen die Anhänger gegnerischer Parteien und Verbände planmäßig bearbeitet werden.

11. Durch die Wahlhelferlokale bzw. Sammelstelle muß jedes Viertel und jede Straße, jedes Haus und jede Wohnung erfasst und durch das Material der Partei bearbeitet werden.

12. Die Komitees müssen unter Anweisung und Kontrolle der Partei dafür sorgen, daß außer den Hauptlosungen, die die Partei für die Wahl des Arbeiterkandidaten aufstellt, durch konkrete Losungen die Verhältnisse des Ortes berücksichtigt werden und auf die Einstellung und Organisationszugehörigkeit der Arbeiter Bezug genommen wird in der Richtung, die Arbeiter näher an uns heranzubringen, d. h. besondere Losungen auf Transparenten und Plakaten, zur Zerlegung der Nazis, z. B. „Naziprolet, wer baut die Löhne und Gehälter ab?“, „Die Kapitalisten und nicht die Kommunisten!“, für Reichsbanner: „Reichsbannerprolet, mit uns für den Arbeiterkandidaten, gegen den Stahlhelmpräsidenten“, besondere Losungen für christliche Arbeiter, für Landarbeiter, für Angestellte und Erwerbslose.

13. Tausendliche Versammlungen sowie Filmabende und Unterhaltungsbunde zur Mobilisierung der Massen müssen von den Wahlhelfern durchgeführt werden.

Mobilmachung der Atlantikflotte der USA.

Washington, 29. Februar. (Ill.) Daß die gesamte amerikanische Atlantikflotte fast vollständig den Verlust erhalten, sich in der kalifornischen Fleckenhäupten San Pedro und San Diego zu versammeln, um an den großen „Notenmanövern“ im Stillen Ozean teilzunehmen. Diese Manöver sind in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verdrängung der Eigenen zwischen Japan und Amerika, wegen des japanischen Vorgehens in Schanghai.

Breslau

Breslau, 1. März.

Die Frauen wählen Thälmann

Wenn das mit meinem Geschäft so weiter geht, mache ich halb Schluck damit, ich kann ja kaum das trockne Brot damit verdienen. So sagte die Milchfrau, die täglich mit ihrem kleinen Bogen an der Ecke hält. Ihre Waden und die Nase waren schon blau vor Kälte. Sie war eben dabei, ihre Kundschaft zu bedienen. Zwei Arbeiterfrauen stehen bei ihr, um sich je einen Viertelliter Milch zu holen. Ein in zerrissener und ausgefranster Hoje danebenstehender Junge sagt: „Ein halbes Liter gute Milch, die Mutter bezahlt den Sonnabend.“

„Ach, ist das ein Elend“, meint die eine der heiden Frauen. „Alle Tage wird das Leben schlechter.“

Die Milchfrau schob die Kanne geräuschvoll in den Wagen zurück und sagte: „Na und bei uns, das ist direkt nicht mehr zum aushalten.“

Zwischen trat ich an die beiden Frauen heran und ziehe aus der Tasche meine Sammelliste „Klasse gegen Klasse“. Die Milchfrau gibt mir sofort einen 10-Pfennig. Auch die anderen beiden Frauen geben je einen Fünfer auf die Liste, wobei die eine sich von der anderen erst einen dazu borgte. Während wir beieinanderstehen, kommt eine in Pelz gekleidete Dame dazu. Sie wendet sich an die Milchfrau, die eben dabei ist, mit ihren kalten Fingern ihren Namen auf die Liste zu schreiben. „Ach liebe Frau, schicken Sie mir doch für morgen wieder einen Liter Sahne. Sie bekommen dann auch gleich den kleinen Rest mit, der noch steht.“ Die Milchfrau nickt nur. „Ich halte auch jener besetzten Dame meine Sammelliste hin, worauf sie mir erwidert: „Nein, ich danke, ich habe schon für die Winterhilfe beigezeichnet.“

Die Milchfrau sagt nach ihrem Fortgehen: „Ja, das sind die feinen Leute, die punden und pumpen und ans Bezahlen, da magst du dir denken, das sind die echten Nazis. Die Kleinigkeit von der sie sprach, das ist für mich ne große Sache, 3 Mark haben oder nicht. Das will was heißen. Da betrübtet sie mich schon von einer Woche auf die andere.“

Ich sage: „Echt Dittelmäßig.“ „Ja, ja“, sagt die Milchfrau, „diesmal werden sie uns nicht mehr betripeln, auch nicht Hinderburg und noch nicht mitm Hitler, wir können bloß Thälmann wählen.“

Seit zwei Jahren Gotteslästerungsprozess

Ein neues Klassenurteil

Vor der Ersten Großen Strafkammer des Landgerichts wurde am Freitag unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Sellwig erneut der seit 2 Jahren laufende Gotteslästerungsprozess gegen den Genossen B. A. A. und „Die Trommler“ verhandelt. Das Gericht war offensichtlich bemüht, dem Sinne der Reichsgerichtspräsidenten zu entsprechen. Obwohl die fünf neuen Zeugen nichts wesentlich Neues zu bekunden mußten, verkündete das Gericht nach fünfständiger Verhandlung folgende Urteile: B. A. A. und A. A. Gefängnis, die Mitangeklagten Maria Holm, Goldberg, Stahl und Kisch insgesamt 280 Mark Geldstrafe.

An alle Arbeiterorganisationen!

Wir warnen hiermit alle proletarischen Organisationen vor dem früheren Kollegen Robert Kugler, Breslau, da er sich in gemeinster Weise gegen proletarische Interessen vergangen hat. Gemeinschaft proletarischer Freidenker, Ortsgruppe Breslau.

Note Kinder-, Jugend- und Massenorganisationen, heraus!

Zur ersten proletarischen Jugendfeier der Schulentlassenen am 20. März muß sofort ein Vorbereitungsausschuss aus allen Organisationen gebildet werden. Bestimme in euren Organisationen mindestens einen Vertreter und meldet die Adresse im Büro Schlober Straße 1, 3. Stock, mündlich oder schriftlich oder durch Telefon Nr. 592 90. Holt das bisher Verkaufte sofort nach. Es ist bereits höchste Zeit! Wir erwarten baldige Adressenmeldung. Mit „Kampf bereit!“

Kampfgemeinschaft proletarischer Freidenker.

Sportvereinigung Nordost 03 G.A. Jiu-Jitsu-Abteilung. Dienstag, den 1. März, 20 Uhr, Aufgängerturnen. Karussellende jeden Dienstag und Freitag in der Anderson-Turnhalle. Mittwoch 20 Uhr Monatsversammlung in der Anderson-Gasse.

Massenversammlung für den roten Arbeiterkandidaten

37 neue Kämpfer in einer Versammlung — Ueber 40 Mark für den Kampffonds der Partei gesammelt

Strehlen. Am 25. Februar hatte die Ortsgruppe Strehlen der SPD zu einer öffentlichen Wahlversammlung aufgerufen. Der Saal war mit den erschienenen Massen nicht alle aufzunehmen. Der Referent, Genosse Bredem, hielt eine Generalabrechnung mit aller Klarheit über die Lage des Proletariats. Wie haben die Faschisten aller Schichtungen, vom kleinen Manufakturarbeiter bis zum „großen“ Wolf dem Hitler, nach diesem Referat aus. Mit Recht sagte der Referent, so einer von diesen seinen Kopf aus dem Kellerloch steck, läuft keine Frage mehr herein. Aufgabe der SPD ist es, die irreführten Massen von der SPD bis zu den Nazis aufzuklären über den Verrug ihrer Führer, sie zu mobilisieren, zu organisieren, und sie in die rote Kampffront unter Führung der SPD einzureihen. Es gilt, den Kampf

Schafft Munition

Die roten Arbeitersportler Breslaus (Fußballer) haben den Reinerlös von einem Auswahlspiel in Höhe von 21 Mark dem Kampffonds der SPD. Klasse gegen Klasse überwiesen.

Die Arbeitersportler haben begriffen, daß man Munition zum Kampf Klasse gegen Klasse, für Ernst Thälmann, gegen Hindenburg und Hitler braucht. Wo bleiben die anderen proletarischen Massenorganisationen?

Genossen, laßt euch nicht beschämen! Die Sammellisten der SPD müssen in allen Organisationen unter der Mitgliedschaft zirkulieren. Die Mitglieder aller proletarischen Organisationen müssen sich als rote Wahlhelfer betätigen.

Gegen Kriegshetze und Arbeitsdienstpflicht! Für Thälmann, den Kandidaten der Arbeiterklasse!

Ueber obiges Thema spricht in einer

öffentlicher Jugendversammlung am Donnerstag, dem 3. März, 20 Uhr.

Im Lokal von Albig, Enderstraße 1, ein Vertreter der Bezirksleitung Schlesien. Jugendliche, erscheint zahlreich! Kommunistischer Jugendverband, Stadtteil Breslau-Nord.

„Generaler“ fordert Unterstützungsabbau

Unverschämte Erwerbslosen-Provokationen der reaktionären Hugenberg-Preffe

Breslau. Vor einigen Tagen brachten die „P.N.“, der Breslauer „Generaler“, im „Sprechsaal“ wieder einen unverschämten Artikel, in welchem scharfe Reformmaßnahmen in der Gewährung von Wohlfahrtsunterstützungen gefordert werden. Dieser Artikel von einem angeblich städtischen ehrenamtlichen Wohlfahrtspfleger wendet sich in erster Linie gegen die Wohlfahrtskommissionen, die zum Teil aus Mitgliedern bestehen, die selbst Stempel oder Wohlfahrtsunterstützungsempfänger sind. Jener Artikelhreiber spricht den Mitgliedern der Wohlfahrtskommissionen die Objektivität ab. Weiter fordert dieser Schreiberling, daß dem Bezug von Außerhalb nach Breslau Einhalt geboten wird, da diese Leute nur nach Breslau ziehen, um hier die „hohen“ Unterstützungsätze der Stadt Breslau zu genießen. — Sollte der vielleicht Angst haben, daß ihm jemand etwas wegriß? — Dann spricht er von dem „human“ eingestellten Breslauer Wohlfahrtsamt, welches „noch mit Kleidung und Möbeln eingreift“. Ja, das muß wahr sein, sonst würde es ja nicht möglich sein, daß die Breslauer Wohlfahrtsunterstützungsempfänger so zerkümpert und zerrissen herumlaufen müssen. Die Notleidenden denken jedenfalls anders über die „Humanität“.

Und um die gepriesene Humanität des Breslauer Wohlfahrtsamtes noch weiter zu fördern, fordert dieser „ehrenamtliche“ Wohlfahrtspfleger, die sofortige Reduzierung der Wohlfahrtsätze vorzunehmen. Wie weltfremd dieser Mensch ist, geht schon daraus hervor, daß er dem Wohlfahrtsamt empfiehlt, bei Gewährung von Unterstützungen nicht allzu leichtgläubig zu sein, und nur das zu geben, was für den Lebensunterhalt des Empfängers notwendig ist. Wenn man bedenkt, daß die Sätze des Wohlfahrtsamtes kaum so hoch sind, daß ein Mensch nach davon leben kann, dann werden einem erst die provokatorischen, frechen Neußerungen solch eines Wohlfahrtspflegers recht zum Bewußtsein kommen. Warum nennt dieser Wohlfahrtspfleger nicht seinen Namen, damit er sich mit seinen Ansichten vor der Masse der Breslauer Wohlfahrtsunterstützungsempfänger für sein reaktionäres Geschreibsel verantworten. Oder sollte vielleicht hier der „Generaler“ in seiner reaktionären Schreibweise nur einen ehrenamtlichen Wohlfahrtspfleger fingiert haben? Vermutlich wäre dies durchaus nicht.

Die Arbeiterschaft muß auf Grund solcher Artikel in dieser reaktionären Presse doch endlich zur Einsicht kommen, daß sie nicht eine Stunde länger solch ein Blatt im Hause behält. Der „Generaler“ steht im Dienste des Kapitals und der Reaktion. Die Arbeiterschaft, insbesondere die Erwerbslosen- und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger, müssen sich um die revolutionäre Führung des Proletariats, die kommunistische Partei, scharen, und das Kampforgan und Sprachrohr der Werktätigen, die „Arbeiter-Zeitung“, lesen. Nur sie allein sagt der Arbeiterschaft, was was notwendig ist. Sie allein kämpft gegen Ausbeutung, Verflorung und alle Schikanen der herrschenden Klasse. Deshalb bestelle noch heute die „Arbeiter-Zeitung“!

Rote Wahlhelfer

Jetzt drauf und dran gegen die Front der Notverordnung und des Lohnabbaus. Kein Betrieb, keine Arbeiterwohnung ohne die große illustrierte 10-Pfennig-Wahlzeitung der SPD. „Note Einheit — Thälmann gibt das Signal!“

Wählerlisten einsehen gehen!

Dieselben liegen aus vom Donnerstag, dem 3. März, bis einschließlich Sonntag, den 6. März.

Revolutionärer Wettbewerb und der Erfolg

Zu dem im Februar stattgefundenen Wettbewerb des Kampfbundes gegen den Faschismus Nordost gegen West sendet und Scheitern folgenden Bericht ein:

An vier Landestagen wurden 200 Zeitungen verkauft, eine Landesversammlung in Schmalitz organisiert, zwei Leser für Ausgabe A gewonnen und die Mitgliedschaft um 50 Prozent erhöht.

37 neue Kämpfer für die SPD wurden aufgenommen. Ein Maßnahmenplan von Zeitungen und Literatur war zu verzeichnen. Weit über 40 Mark wurden für den Kampffonds der SPD. in dieser von gutem Kampfeswillen getragenen Wahlversammlung gesammelt. Trotz dem SPD., SWP. und Hitler-Redner anwesend waren, denen volle Redefreiheit zugesichert wurde, meldete sich keiner von ihnen zum Wort. Um so dümmere Gesichter machten aber die SPD.-Mitleidigen, als sie ihren ersten, zweiten und dritten Mann zur roten Kampffront — zur SPD. — gehen sahen. So mancher ehrliche SWP., SPD. und Hitler-Anhänger hatte in dieser Versammlung erkannt, daß sein Platz nur in der roten Kampffront unter Führung der SPD. ist. Die Ortsgruppe Strehlen hat die Aufgabe, diese neuen Kämpfer in ihre Reihen aufzunehmen und im Geiste Lenins zu schulen, damit auch sie Soldaten der proletarischen Revolution werden.

Die Mitglieder gelassen, alle ihre Kraft einzusetzen für den roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann. Wer tritt im Monat März mit uns in Wettbewerb? Wo bleibt der Bericht von West?

Agitprop der JMG.

Heute 20 Uhr findet im Saal der JMG, Friedrich-Wilhelm-Strasse 50, ein Kursus über „Proletarische Erziehungstragen“ statt. Regelmäßige Teilnahme zu diesem Kursus ist erwünscht.

Professorenversammlung gegen die Spalter im DFB.

„Warum wurde Rektor Jellen aus dem Deutschen Freidenker-Verband ausgeschlossen?“ Ueber dieses Thema spricht Genosse Rektor Jellen am Mittwoch, dem 2. März, 20 Uhr, im „Zentralbauaal“, Wendenstraße, und am Donnerstag, dem 3. März, 20 Uhr, im „Schöpfung“, Waisenstraße. Derzeitige Mitglieder des Deutschen Freidenker-Verbandes, erscheint in Massen! Es gilt, den Spaltern die Antwort zu erteilen. Revolutionäre Opposition im DFB.

Kundgebung

Der aus dem Deutschen Freidenker-Verband ausgeschlossene Rektor Jellen spricht am Freitag, dem 4. März, 20 Uhr, im großen Saal des „Schiefwerder“ über „Zerkürte Kirchen — Priesterworte — Kulturbolschewismus in Sowjetrußland“. Mit dem Arbeiterkandidaten für sozialistischen Kulturaufbau!

Eintritt 15 Pfennig für Erwachsene, 30 Pfennig für Kolportierer. Vorverkauf: Erwerbshaus 10 Pfennig; Karten bei allen Funktionären der Revolutionären Opposition im DFB. — Freie Aussprache!

Rundfunk-Programm

- Dienstag, 1. März.
- 9.10: Schulfunk. Beitrag zur Sprecherschule: Lied der Arbeit.
 - 12.00: Fipl.-Landwirt Dr. Dietrich: Die Verlorung der Bodfrucht.
 - 16.00: Kinderfunk: Wir kasseln einen Marktplan.
 - 16.25: Unterhaltungskonzert der Funkstelle.
 - 17.30: Landw. Preisbericht; anchl.: Das Buch des Tages: wirtsch. Schriften.
 - 17.50: Univ.-Vort. Dr. Landsberger: Die Schließlichen Monatshefte im März.
 - 18.00: Neurologist Dr. Trensch: Ueber Angst, Zwang und Zweifel.
 - 18.20: Schulfunk für Berufsschulen. Die Textilindustrie des schlesischen Gulesgebirges; anchl.: Wetter für die Landwirtschaft.
 - 18.40: Lina Scherff: Das proletarische Kind und seine Freizeit.
 - 19.00: Dr. Koch: Harmonie und Formalek in der deutschen Klassik.
 - 19.30: Wetter; anchl.: Abendkonzert der Funkstelle.
 - 20.05: Frankfurt a. Main: Volkstümliches Konzert des Frankfurter Schillerens. Mitw.: G. Böker (Tenor). Das Frankfurter Rundfunkorchester.
 - 22.15: Zeit. Wetter, Preise Sport. Programmänderungen.

Verantwortlich für den politischen Teil: Erwin und Volker: Rudolf Criner, Breslau. — für die übrigen Seiten: Alfred Heubach, Berlin. — für Illustrationen: Albert Galland, Breslau. — Verlag und Druck: Ewigele Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trebnerstraße 50.

LACHE bei LIEBICH

Die Prominenten Berlins marschieren auf!

Am 8.15: Deutsche Draufführung unter persönlicher Anwesenheit des Autors Fritz Friedmann Frederich

- Sen'a Söneland
- Willy Prager
- D na Graila
- Werner Fütterer
- Eugen Rex
- Hans Arnstädt
- Fred Böderlein
- Eilen Dlessow
- Eiza Tamara

Diese 9 Dramanten

Film- und Bühnenrollen

spielen die Hauptrollen in dem neuen lustigen Stück von Friedmann Frederich

Der Stolz der Familie

Drei lustige Akte mit Musik und Gesang. Musik von Willy Prager in Szene gesetzt von Direktor Hans Kuhnert. Musikalische Leitung Kapellmeister Waldbaupt

Preise ab 50 Pfg. bis 375 Vorverk. ununterbroch. wie immer

Die neue preiswerte

Naumann Schrank

Nähmaschine

ist nur allein zu haben bei

Alfred Schlesinger

Schmiedeböcke Nr. 13

parierre bis 4. Eeg.

Geschäftliche Teilzahlung

stündige Mikroschick

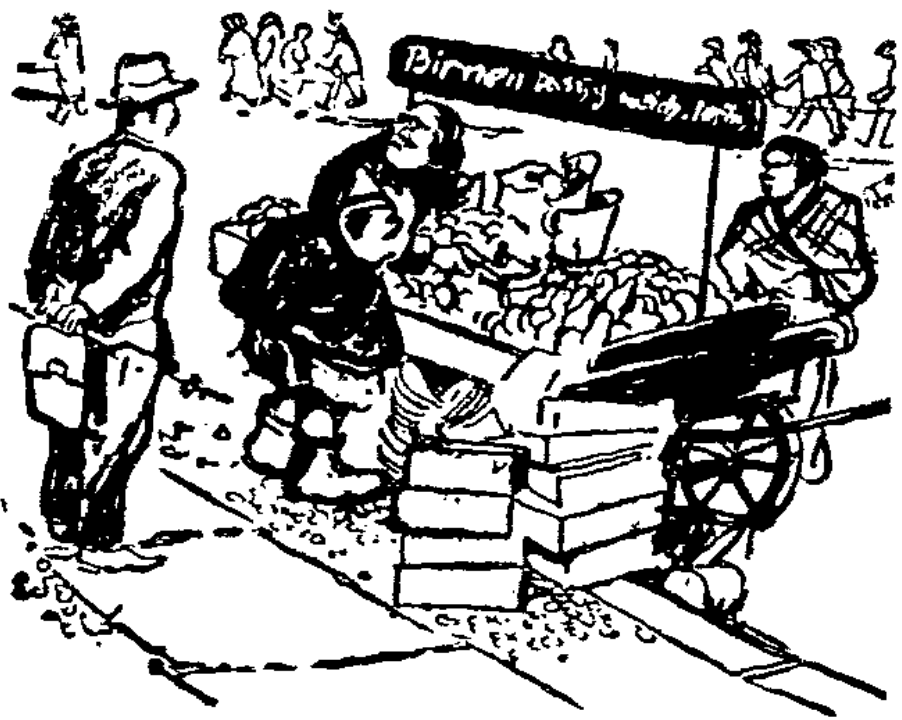
Reparatur - Werkstat



Rund um den Erdball

5 Minuten Wahldebatte

„An den hat Hitler sich versündigt...!“



Strahenhandlerin: „Na, Herr Kommerzienrat, nicht'n paar prima vollsaftige Palatina-Äpfelchen für die Kinderchens mitnehmen?“

Passant: „Kaufe keine ausländische Ware. Und überhaupt sollten Sie sich was schämen, als deutsche Frau für's Ausland Geschäfte zu machen...“

Strahenhandlerin: „Was haben Sie, ich mach' für's Ausland Geschäfte? Meine Äpfelchen sind ausländische Waren? Und meine — meine...“

Passant: „Nawoll, Frau, wenn Sie es noch nicht wissen sollten, Ihre Äpfelchen kommen aus Palatina, die haben die Juden...“

Strahenhandlerin: „Nu will ich Sie mal was sagen, die Männchen. Ob meine Äpfelchen aus Palatina kommen, steht in den Drecks an: solange in Mecklenburg oder Pommern keine wachsen, natose id id.“

Passant: „Oho! Als deutscher Volksgenosse habe ich die Pflicht, Sie aufzuklären, daß Sie sich am deutschen Volksvermögen versündigt.“

Strahenhandlerin (zur Arbeiterfrau): „Ham Sie gehört, Frau Blüschke, ich tu mir versündigen, jaht der, wenn id Palatinaäpfelchen verkaufe. Aee, so wat... Alt und grau bin id geworden, aber so dämlich ist mir noch keener jekommen.“

Frau Blüschke: „Lassen Sie man, Frau Budich, der Mann kann nicht dafür. Der hat noch nicht aufs Wohlfahrtsamt Schlinge gestanden. An dem hat Hitler sich versündigt.“

Passant: „Sie sind ja marxistisch verlehrt, Sie Heizerin. Ste!“

Strahenhandlerin: „Nu verdrücken Sie sich aber, junger Mann! Zu mir alle Frau sagen Sie, ich versündige mir, und zu die anständige Frau da sagen Sie, die is verlehrt. Wat wollen Sie denn eigentlich von uns, he?“

Passant: „Jeder aufrechte Volksgenosse wählt Hitler.“

Strahenhandlerin: „Und Sie, junger Mann, können sich freuen, bet meine Äpfelchen ausverkauft sind. Ein fauler hätte drunter sein können und den hätten Se bestimmt mangs Gefisch jekriht. So, nu wissen Se, wat id von Hitlern deale.“ (Passant geht müttend weiter.)

Frau Blüschke: „Den ham Se et aber jeseigt, Frau Budich.“

Strahenhandlerin: „Ja, aber wen soll man denn nun wählen als olle Frau, die ihr janzet Leben lang sich abgeradert und abgehunden hat? Etwa Hindenburg oder den andern da...?“

Frau Blüschke: „Det Sie da auch noch fragen, Frau Budich! Für uns Arbeiter und kleine Leute kann doch bloß ein Kandidat in Frage kommen, der weiß, wat Arbeit is. Na, und bet welch doch von alle vier Kandidaten bloß einer. Und dat is der Arbeiter Ernst Thälmann! P. R.“

Mit Thälmann gegen Unterdrückung der Geistesfreiheit!

Die feuergefährliche „Mutter“

Baupolizei als Zensur proletarischer Theaterstücke — Verbot auf kaltem Wege

Berlin, 29. Februar. Im Moabiter Gesellschaftshaus zu Berlin sollte am Sonntagabend eine Wiederholung der Aufführung des erfolgreichen Brecht'schen Stückes „Die Mutter“ durch die bekannte „Gruppe junger Schauspieler“ stattfinden. Die polizeiliche Genehmigung dazu war angefordert und gegeben worden. Die Vorbereitungen waren getroffen, als 24 Stunden vor der Aufführung ein Brief der Theaterabteilung der Baupolizei eintraf, daß man Aufführungen in dem Saal nicht dulden könne. Außerdem „liege kein Bedürfnis für die Aufführung vor“.

Wir können uns denken, daß die Polizei des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Grzesinski kein Bedürfnis nach revolutionären Lehrstücken empfindet. Das Publikum aber war anderer Meinung: das Theater war ausverkauft bis zum letzten Platz. Aber auch in anderer Beziehung scheint die Polizei sonst weitherziger zu sein: wenn Operettenschmarren wie „Polnische Witze“ auf dem Programm stehen, so hat die „Baupolizei“ nichts gegen die Aufführung einzuwenden. So

werden an etwa 150 Abenden im Jahr in diesem Saal unbeanstandet Aufführungen veranstaltet.

Daß es sich nicht um die Frage der „körperlichen Sicherheit“ des Publikums handelte, sondern höchstens um die „geistige“, ging auch aus dem Verlauf der Veranstaltung hervor. Die Schauspieler hatten darauf verzichtet, mit Kostümen und Kulissen zu spielen. Sie sprachen ihre Rollen ohne Zuhörer. Das Publikum war begeistert. Die Polizei mischte sich ein, so daß man schließlich sogar auf das Auf- und Zuziehen des Vorhangs verzichten mußte.

Aber auch das war noch nicht sicher genug, da sich der politische Polizeikommissar weigerte, mit Verbot einzuschreiten, mischte sich der Baupolizist wieder ein und gab erst Ruhe, als die Schauspieler sich in einer Reihe auf die Bühne setzten und ihre Rollen herunter lasen. Trotzdem war die Wirkung der Aufführung ausgezeichnet. Durch das „Mitspielen“ der Polizei wurde die Wirkung noch wesentlich gesteigert.

Um die juristische Seite der Frage zu berühren, sei noch erwähnt, daß die „Bedürfnisfrage“ nur im Falle des Konzessionszwanges zu stellen ist. Konzession wurde aber in diesem Falle nicht verlangt und brauchte auch nicht gegeben zu werden, weil es sich um eine geschlossene Veranstaltung handelte. Selbstverständlich war es die Absicht der Polizei, auf kaltem Wege dasselbe zu erreichen, was man durch ein Verbot erreicht hätte. Ein offenes Verbot wagte man in diesem Falle deshalb noch nicht, weil das Stück „Die Mutter“ auch von der bürgerlichen Presse als Kunstwerk bezeichnet wird, das mit künstlerischem, nicht mit politischem Maßstab zu messen sei.

Die Veranstaltung zeigte dem überfüllten Haus wieder einmal, daß die verfassungsmäßige „Geistesfreiheit“ nicht mehr existiert. Die herrschende Klasse verbietet, was ihr gefährlich ist. Gegen diese Unterdrückung des Wortes kämpft die kommunistische Partei. Der rote Arbeiterkandidat Ernst Thälmann ist ihr Führer. Ihn wählen und mit ihm kämpfen, heißt die Front jeder Unterdrückung, auch der geistigen, schwächen.

Heran an die Naziproleten!



Du hast unter den Nazis Bekannte oder sogar Verwandte? Dann bist du ein schlechter Wahlhelfer, wenn du diesen irreführenden Proleten nicht die Broschüre: „Wofür kämpft die S.A.“ in die Hand drückst. Preis 10 Pf.

Verantwortlich: Alfred Henschel, Berlin.

Sensszenen während einer Kindervorstellung

Kinder im brennenden Kino

Fünfzehn Kinder schwer verletzt — Mehrere in Lebensgefahr

Sofia, 29. Februar. Während einer größtenteils von Kindern besuchten Vorstellung im Kinohäuser Tonkino Royal brach angeblich durch die Unachtsamkeit zweier Schüler der technischen Mittelschule, die als Operatoren fungierten, ein gefährlicher Brand aus.

Das verpackte Filmband hatte Feuer gefangen. Das glühende Material griff auf die im Operateurraum lagernden Leuchtmittel und schließlich auch auf die Galerie im Zuschauerraum über. Die Galeriebesucher sprangen ins Parterre. Des dränge in wilder Panik zu den Ausgängen. Durch Brandwunden und Knochenbrüche wurden fünfzehn Personen schwer verletzt, überwiegend Kinder. Die Zahl der leichter Verletzten ist sehr groß.

Der Direktor des Kinoteaters und die beiden jugendlichen Operateure wurden in Haft genommen. Von den Schwerverletzten zogen einige mit dem Tode.

Brandst. - Trophe im Altersheim

12 Greise ums Leben gekommen

Stockholm, 29. Februar. Ein furchtbares Brandunglück, das zwölf Personen zum Opfer gefallen sind, wird aus dem Städtchen Svärdsjö in Mittelschweden gemeldet.

In dem dortigen Altersheim brach gegen 5 Uhr morgens aus bisher unbekanntem Gründen Feuer aus, das schnell um sich griff und das Gebäude bald in Flammen hüllte. Die Insassen räumten ihre Schlafräume im obersten Stockwerk, so daß die schnell alarmierte Feuerwehr mit Leitern versuchen mußte, die alten Leute durch das Fenster zu holen.

Ein großer Teil von ihnen war bereits durch starken Rauch bewußtlos geworden und wurde in das nahegelegene Schulhaus gebracht. Sofort angestellte Wiederbelebungsversuche blieben bei neun Personen erfolglos. Weitere drei Personen starben an den erlittenen Brandwunden.

Luftmord im Saargebiet

Täter schreibt Briefe wie Massenmörder Kürten

Strasbourg, 29. Februar. Die Ermordung eines 18jährigen Mädchens auf einem Felde zwischen Hildigheim und Kronenburg hat die hiesige Bevölkerung in große Aufregung versetzt. Es scheint sich bei dem Mörder um einen Saboteur zu handeln, dessen Gebaren an die Notizen des Massenmörders Kürten erinnert.

Das Mädchen wurde völlig nackt auf dem Felde liegend aufgefunden. Es war erstickt worden. Die Vermutung, daß es

vergewaltigt worden sei, hat sich nicht bestätigt. Ein heftiger Kampf mit dem Mörder muß vorangegangen sein. Man fand im Umkreis von einigen hundert Metern die Kleidungsstücke des Mädchens.

Der Polizei wurde ein Zettel zugesandt, auf dem der Ort der Tat und die Nachricht, daß das Mädchen ermordet worden sei, enthalten war. In dem Augenblick, als der Brief eintraf, wurde man das Mädchen trotz aller Nachforschungen noch nicht gefunden. Von dem Täter hat man bisher noch keine Spur entdecken können.

Hundert Fischer aus Seerott gerettet

Eine Heldentat der roten Sowjet-Matrosen

Moskau, 29. Februar. Wie aus Narva gemeldet wird, gelang es der sowjetrussischen Rettungsexpedition, nach Ueberwindung schwieriger Hindernisse die hundert russischen Fischer zu retten, die sich seit mehreren Tagen auf einer treibenden Eisscholle im finnischen Meerbusen befanden. Russische Militärflugzeuge sichteten am Sonntagabend etwa 50 Kilometer vom Strand entfernt die Eisscholle mit den Fischern und warfen Lebensmittel ab. Bei der Rettung waren die unglücklichen Fischer halb erfroren.

Gruben-Massenmord in Virginia

Dreißig Kumpels werden als verloren betrachtet

New York, 29. Februar. Von den bei der Grubenexplosion in Focahontas (Virginia) verunglückten 30 Bergleuten wurden am Sonntag 14 als Leichen geborgen. Für die übrigen Verunglückten besteht keine Hoffnung auf Rettung mehr, da die Grube vollständig mit Gas angefüllt ist. Der Explosionsherd liegt drei Meilen vom Schachtengang entfernt. Die Rettungsarbeiten gestalten sich besonders schwierig, zumal die Rettungsmannschaften dauernd mit Gasmasken arbeiten müssen.

Blitz schlägt in Hochzeitsgesellschaft

Einer Meldung aus Johannesburg in Transvaal zufolge, hat der Blitz in ein Gebäude eingeschlagen, in dem eine Eingeborenenhochzeit gefeiert wurde. 11 Personen wurden auf der Stelle getötet.

Vier Tote bei einer Flugzeugkatastrophe

Nach einer Meldung aus Tokio kürzte ein japanisches Passagierflugzeug bei Yamata in Kiu-siu ab. Sämtliche vier Insassen fanden den Tod.

„Hindenburg bedeutet neuen Krieg“

Hindenburg-Hitler-Duesterberg, das ist die Front des großen Geldsacks und des imperialistischen Krieges — Thälmann, das ist die rote Arbeiterfront des Sozialismus und Friedens

Der parteilose Arbeiter Casar Kosmider-Grünberg, übermittelte uns ein Flugblatt, herausgegeben von der Bezirksleitung Görlitz der SPD. zur Reichspräsidentenwahl vor sieben Jahren. Aus diesem Flugblatt veröffentlichen wir auszugsweise einige Stellen. Es heißt in dem Flugblatt:

Wer steht hinter Hindenburg?

Der Rechtsblod!

Zieler besteht aus dem Großkapital, der Schwerindustrie, die in Trüben Schwelgen und strotzen die Preise diktieren. Darunter Leiden Arbeiter, Angestellte, Beamte, Handwerker, Landwirte und Gewerbetreibende.

Wird der Rechtsblod (Rechtsblod) Kandidat zum Reichspräsidenten gewählt, so vertritt nicht die einseitigen Interessen der Großen gegen die Kleinen.

Es kommt zu neuen außenpolitischen und innenpolitischen Unruhen. — — —

Die Rechtsparteien, die das Volk mit der Aufwertung betrogen haben, wollen den Präsidenten des großen Geldsacks. Sie wollen die alte Adels- und Offiziersherrschaft. Wähler und Wählerinnen, wollt ihr das? Nein! — — —

Hindenburg bedeutet Adels- und Offiziersherrschaft, bedeutet neuen Streit mit dem Ausland, neuen Krieg, bedeutet außenpolitisch eine Katastrophe und innenpolitisch die schwersten Gefahren, bedeutet Zerstückelung der Verfassung, bedeutet Arbeitslosigkeit und neues Elend — — —

Frauen! Sollen eure Kinder wieder im neuen Völkerkrieg und Krieg sich hinrichten lassen? Wollt ihr Arbeitslosigkeit, Inflation und neues Elend? Frauen, denkt daran. Denkt an die vielen Kriegsoffer. — — —

So schrieb die SPD. im Jahre 1925! Und heute im Jahre 1932? Da bildet die SPD. die „eiserne Front“ und stellt sich an die Spitze deselben Hindenburg, der noch vor sieben Jahren der „Präsident des großen Geldsacks“ war.

Damals schrieb die SPD.: „Hindenburg bedeutet Krieg!“

Heute haben wir den Krieg!

In dem japanisch-chinesischen Krieg ist ja der deutsche Kapitalismus nicht unbeteiligt. Das beweist die Lieferung von Kriegsmaterial an Japan. Alles haben wir heute!

„Arbeitslosigkeit, neues Elend — Offiziersherrschaft (General Groener als Innenminister) und imperialistischen Krieg!“

Der kaiserliche Generalleutnant Hindenburg hat die Politik der Kapitalistenklasse bis zur äußersten Konsequenz betrieben. Und die SPD-Führer haben sie in jeder Frage mitgemacht. Sie sind den Weg des kaiserlichen Hindenburgs — „des Präsidenten des großen Geldsacks“ (nach dem SPD-Flugblatt) gegangen.

Die SPD-Arbeiter werden sich empört von dieser Hindenburgfront abwenden. Gegen den „großen Geldsack“ — gegen „Arbeitslosigkeit und neues Elend“ — gegen den imperialistischen Krieg können die SPD-Arbeiter nur in der Thälmannsfront kämpfen. Setzt alle Kräfte für den roten Arbeiterkandidaten und sein revolutionäres Kampfprogramm ein!

SPD.-Stadtverordnete im Dienste des Kapitalismus

Höhne und Schulz verteidigen in der Görlitzer Stadtverordneten-Sitzung das kapitalistische System — SPD. gegen den Kampf der Mieter

Görlitz. Die Stadtverordnetenversammlung vom Freitag, dem 26. Febr., fand vollständig im Zeichen des Verrats der SPD. Schon der Beginn der Aussprache über die Finanzlage der Stadt, zeigte das wahre Gesicht der Stützen des Kapitalistenstaates. „Zwei-Zeelenmensch Höhne“, als Hauptredner der SPD., mußte seinen ganzen Salm vom Blatte lesen, weil seine geistige Kräfte nicht zureicht, etwas aus freien Stücken zu sagen. Ja, es hätte ihm nicht geistig, etwas aus freien Stücken zu sagen, was ihm vorgeschrieben wurde. Sein Freund Plum mußte ihm durch Fortschreiben etwas nachhelfen. In den ganzen Ausführungen kam einseitig zum Ausdruck, daß mit allen Mitteln, dem Staat und den Behörden aus dem Finanzmaße geholfen werden muß und wenn es auch teufel auf Höhnen der jetzt schon ausgeplünderten Stadt. Auch die Bürgerlichen stimmten zum Teil ins Klagegeheul ein. Unser Genosse Preuß zeigte in kurzen Sätzen das wahre Gesicht des Kapitalismus auf und drangerte die Herrscherrolle der SPD. an. Nicht durch Kammerfresser, Bertelbriester und Wittgänger beim Reich und Staat, wird die Lage der Bevölkerung in den Gemeinden verbessert und damit derjenigen, die in diesem bankrotten System auf die öffentliche Hilfe angewiesen sind. Das geschieht einzig und allein durch die Bildung der roten Arbeiterfront, unter Führung der kommunistischen Partei, die die Ausgebeißten in den Kampf gegen alle Feinde der Arbeiterklasse führt. Unter Hinweis auf die Verhältnisse in Komptzschand, wo der Sozialismus marшиert und es keine Arbeitslosen mehr gibt, wo der Lebensstandard der Bevölkerung stetig im Wachsen begriffen ist, werden sich die deutschen Proleten nicht mehr als hilflose Objekte benutzen lassen, sondern mit aller Macht vorwärtsstreiten auf dem Wege, den Marx und Lenin gezeigt, auf dem die Arbeiter Freiheit, Arbeit und Brot erreichen. Die armen Köhler von der SPD. bis zu den Nazis, verhielten durch Höhne, Köhler die Wahrheit abzuschwächen. Ausgerechnet der Vorkämpfer Höhne (SPD.) hätte sich bemühen, die „Ehre“ des kapitalistischen Deutschlands zu retten, indem er Hoffnungen auf Hebung der Lage durch die soziale Demokratie und das alte, längst als Arbeiterfeindlich bekannte Märchen vom „Hineinwachsen in den Sozialismus“ mit folgenden Worten neu auflebte: „Der jetzige Kapitalismus, der sich in einer Weltkrise befindet, wird sich umändern in den Staatskapitalismus und von da aus übergehen zum Sozialismus!“ Die SPD-Arbeiter werden auf diese Phrase nicht mehr hereinfallen! Wie oft schon wurden sie auf „bessere Zeiten“ mit dem Hinweis auf das „Hineinwachsen in den Sozialismus“ verdrückt? Und wo stehen wir heute? Notverordnungen, Lohnabbau und Unterhaltungsabbau werden alles! Die SPD-Arbeiter werden es den SPD-Führern überlassen, sich für das bankrotte kapitalistische System einzusetzen.

Da die Stadt ein Defizit von fast einer Million hat, empfahlen die Bürgerlichen weitere Sparmaßnahmen, vor allem an Einrichtungen, die den Wertigen in erster Linie zugute kommen. So unter anderem auch am Krankenhaus. Es ist richtig, dort könnten Kosten eingespart werden, die aber den proletarischen Patienten zugute kommen müssen. Wir denken hierbei an die Ärzte, die noch eine große Privatpraxis haben und sich um die Zustände der Kranken im Krankenhaus oft nicht sehr viel kümmern. Auf Grund eines demals angenommenen Antrages, für die erwerbslosen Neubaumieter und alle, die untergebracht in die Lage gekommen sind, ihre hohen Mieten nicht mehr zahlen zu können, eine Mietensenkung durch den Magistrat herbeizuführen, der aber nicht die Erfolge brachte, die bei dieser Deutung gestellt haben (nämlich die SPD.), wurde von denselben eine Interpellation eingebracht. Durch eine nichtsfagende Fragestellung an den Magistrat glaubten die Schulz, Höhne und Plum, der berechtigten Erregung der Neubaumieter Stand in die Knie zu streuen zu können. Glaubten sie, den Kampf, den diese Mieter entfachten, abzuwürgen. Es tritt das in Erscheinung, was unsere Genossen voraussaßen, daß der Magistrat keine Mittel zur Verfügung stellen will, diese Mieten zu senken. Das Redebull, das zwischen dem Stadtbaurat Hüster und Vorsitzender des Ausschusses der Görlitzer Siedlungsgesellschaft einerseits und dem SPD-Mann Schulz als Ausschrittsmitglied dieser Gesellschaft andererseits sich abspielte, brachte Dinge zu Tage, die den Neubaumietern, die da um Hilfe von den SPD-Männern zu erhalten, die Augen offen muß. Mit großem Theaterdramen begann Schulz seine Rede, wurde aber nach Erwiderung von Hüster ziemlich leidend. Der Herr Doktor Schulz hatte die Dreifaltigkeit, öffentlich zu bekennen, daß

ihm das Wohl der kapitalistischen Stadt näher liegt als das Interesse der Wertigen, die er zu vertreten hat. Im Verlauf des Redebull's offenbarte Schulz, daß er die Neubaumieter, deren Interessen er in einem Prozeß gegen den Magistrat wegen der unberechtigten Erhebung von 4 Prozent Mietenzuschlag auf Grund von deren Versprechungen benutzt verraten hat, indem er die Klausel zur 1. d. 3. g. Weiter erklärte dieser treue Kapitalist, wenn er nicht Stadteroberer wäre, würde er alle Neubaumieter aufkündern, Klage gegen den Magistrat zu erheben auf Erhebung der 4 Prozent.

In dieser Erklärung zeigt sich so richtig die Rolle der SPD. als Handlanger der Behörden des kapitalistischen Staates. Unsere Genossen begingen hier einen Fehler, indem sie sich nicht sofort zum Wort meldeten und den Schulz und seine ganze Partei als die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie sofort anprangerten.

Auf Grund der Mitteilung des Stadtbaurates Hüster, daß verschiedene Neubaumieter sich 15 Prozent von der Miete abgezogen hatten, weil in der Notverordnung ausgesetzt wurde, daß in Neubauwohnungen die Miete um 10 bis 15 Prozent gesenkt werden muß, soweit die Zinsen dafür vorhanden sind. Zu dieser Mitteilung glaubten nun Polizeikommissar Schulz durch seine Zwischenbemerkung beim Magistrat wieder etwas Überwässer erringen zu können, indem er dies „unverständlich“ bezeichnete. Der Neubaumieter, in den Augen von Schulz ist es eine Unverschämtheit von euch, daß ihr euch eigenmächtig 15 Prozent von der Miete abgezogen habt. So wird der Kampf, den ihr berechtigterweise gegen die hohen Neubau mieten führt, von den Sozialdemokraten nicht nur verhindert, sondern auch verraten. Der ganze Verlauf der Sitzung hat gezeigt, daß die Rolle der SPD. die Rolle des Judas ist und daß sich die Neubaumieter mit den Altmietern zum Mieterkampf zusammenschließen müssen, um gemeinsam den Kampf gegen alle Ausbeuter und ihre Lakaien zu führen. Nur unter Führung der kommunistischen Partei wird es möglich sein, den Kampf zu einem siegreichen Ende zu führen und Deutschland zu einem sozialistischen Land zu machen.

SPD.-Referent sagt:

„Die Arbeiter müssen auch Opfer bringen“

Die Notverordnungs politik ein Verdienst der SPD. — „Eiserne Front“ unter Polizeischutz — Kein Kampf gegen Faschistenüberfälle

Gorla. Am vorigen Dienstag feierten die „Eisernen“ in Gorla ihre Taufe. Wie überall war aus der ganzen Umgebung das Reichsbanner zusammengetrommelt worden, um den Saal zu füllen. Dr. Simon schilderte die „Friedensmusik“ von Geni und die Finanzpolitik des Reiches als Verdienst der SPD-Politik. (Wir gratulieren zu diesem Verdienst.) In gemeinsamer Weise wurde gegen die Kommunisten gehandelt. Eine Verhöhnung der Arbeiter war die Mitteilung, daß ja die „Notverordnungen“ nur vorübergehende „Maßnahmen“ seien, und die „Arbeiter auch Opfer bringen“ müßten (wo andere sich zur Zeit noch die Taschen füllen). Weiter erzählte er, daß „Hindenburg den Faschismus verhindern“ würde.

Doch mit des Geschickes Wächter ist kein ewiger Bund zu schließen, und das Unglück schreitet schnell. Während man die Reichsfront schon getränkt hatte, um die schädlichen Kräfte nicht weichen zu lassen, hatte sich die SA. zum schamlosen Überfall auf der Straße versammelt. Wenn nun ein Teil der Arbeiter glaubte, daß die „Eiserne Front“, entsprechend ihrem Namen und ihrer angeblichen Bestimmung, jetzt praktisch gegen die Faschisten in Aktion treten würde, wurde ich verwundert. Gleich und mit verkürzter Miene verkündete man den Schlachterruf: „Das Ueberfallkommando ist angefangen, bleibt bähig ruhig!“ Nun, Genossen, die „Eiserne Front“ ist! Aber nicht, wie mancher glaubt, zum Kampf gegen Faschismus, sondern zum Schutz der Notverordnungs politik. Aus diesem Grunde ließ man die Kämpfer der Reichsfront unter dem Schutze des staatlich ge-

Arbeitsdienstplicht im stillgelegten Bergwerk

Hermisdorf. Der Sozialdemokrat Wilhelm Fischer aus Michelsdorf ist ein eifriger Werber für die freiwillige Arbeitsdienstplicht. In Michelsdorf ist ein seit Jahren stillgelegtes Bergwerk. In diesem sollen die Erwerbslosen Kohlen fördern und dafür nur ihre Erwerbslosenunterstützung erhalten. Bisher ist es dem Arbeitsdienstplichtwerber gelungen, etliche jugendliche Erwerbslose einzufangen. Die Erwerbslosen der Pöhlstelle Michelsdorf fragen hiermit: Hat die Bergpolizei Wissen, daß in einem seit Jahrzehnten stillgelegten Bergwerk ohne jeglichen Schutz gearbeitet wird? Wer haftet für das Leben und die Gesundheit der im Bergwerk arbeitenden Erwerbslosen? Die Erwerbslosen erwarten von der Bergpolizei, daß dieser Unfug sofort verboten wird. Dem Sozialdemokraten Wilhelm Fischer werden die Erwerbslosen bei seinen Werbungen demnächst die notwendige Antwort erteilen.

Die jugendlichen Erwerbslosen rufen wir zum entschiedenen Kampf gegen die faschistische Arbeitsdienstplicht. Reicht euch ein in den kommunistischen Jugendverband!

Arbeiterin aus der Textilhölle Dietrig-Langenbielau fährt nach der Sowjetunion

Anlässlich des Internationalen Frauentages hat die russische Gewerkschaft eine Arbeiterinnendelegation nach der Sowjetunion entsandt, welche sich mit eigenen Augen vom Aufbau der Sowjetunion und vor allem vom Leben der russischen Arbeiterinnen und von ihren Arbeitsbedingungen überzeugen soll. Aus Deutschland fahren am 3. März 20 Arbeiterinnen aus allen Industriezweigen, aus den Reihen der christlichen und SPD-Frauen. In der Delegationsverammlung Dietrig der Langenbielauer Textilhölle, die heute noch 2100 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, wurde beschlossen, ebenfalls eine Arbeiterin an dieser Delegation teilnehmen zu lassen. Nach dreiwöchigem Aufenthalt in der Sowjetunion wird diese Russlanddelegierte ihre Erlebnisse in der Sowjetunion erzählen. Wir fordern alle Arbeiterinnen, auf sich an der Ausarbeitung dieser Delegation zu beteiligen. Sie alle müssen ein Interesse daran haben, was diese parteilose Frau nach ihrer Rückkehr von dem Leben der russischen Textilarbeiterinnen oder den Arbeiterinnen der anderen Industriezweige zu sagen hat. Deshalb zeichnen auf die auch vorliegenden Sammellisten. Helft bei der Finanzierung der Delegierten.

Benziger haben 23 Mark gesammelt

Genoffinnen! Die Benziger Parteigenossinnen haben in ganz kurzer Zeit 23 Mark zur Finanzierung ihrer Delegierten gesammelt. Wollt ihr hinter ihnen zurückbleiben?

Wir verpflichten euch, alle Sammellisten, welche in den Textilhöhlen zur Finanzierung der Russlanddelegierten in Umlauf waren, bis spätestens 1. März 1932 an die Bezirkskasse abzurechnen. Nicht durch Vernachlässigung dieser Aufforderung die Delegation nach der Sowjetunion nicht in Frage!

„Wir wollen Literaturvertrieb verdreifachen“

Bozul. Die Ortsgruppe Groß-Bozul hat erkannt, welche ungeheure Wichtigkeit der Literaturvertrieb für unsere Bewegung bedeutet. Sie beschließen bei der Literaturvertriebsstelle 150 Broschüren und Zeitungen zu schreiben dazu: „Wir haben mit der Literatur schon viel Erfolg erzielt. Wir wollen jetzt zur Wahl richtige Landpropaganda durchführen und unseren Literaturvertrieb verdreifachen.“ Mehrfache Berichte liegen aus mehreren Ortsgruppen vor. — Alle Ortsgruppen müssen mit Feuerkraft an den Verkauf unserer Literatur gehen. Gebt sofort Bestellungen auf!

So hilft die SPD bei der Durchführung der faschistischen Diktatur!



Wählt Thälmann!

„Die Arbeiter müssen auch Opfer bringen“

Die Notverordnungs politik ein Verdienst der SPD. — „Eiserne Front“ unter Polizeischutz — Kein Kampf gegen Faschistenüberfälle

präften und patentierten Kadernquami der Sowjet den Heimweg antraten. Die Arbeit von Gorla haben durch dieses Beispiel erkannt, daß nur Thälmann der Kandidat des revolutionären Kampfes gegen den Faschismus ist.

Achtung! Polizeispittel!

Freiburg. Das frühere Rote-Hilfe-Mitglied, der Polizeispittel Schumann, wird sein Weis sehr bei den Nazis suchen. Wir gratulieren!

„So leben wir! So leben wir alle Tage!“

Freiburg. Hunger, Not und Elend in allen Gassen. Nur nicht im Fürstentener Schloß. Diese „armen“ Leute schloßen sich die Tauben nicht etwa aus Hunger, sondern aus parteilichem Interesse an. Am Sonntag, dem 13. Februar, zwischen 13 bis 15 Uhr, wurden daher vom Wildmeister Anlauf etwa 40 bis 50 Stück Tauben zum Fluge in die Luft geworfen, um dann von zwei Blaublättern abgeschossen zu werden. Dieselben wurden dann von der Fürstin eigenhändig ausgezuehnet. Wenn man bedenkt, daß es viel Kranke und Hungernde auch in Fürstentener gibt, welche gern eine Taubenbrühe für ihre Gesundheit wünschten, sie aber nicht kaufen können, so ist dies eine doppelte Verhöhnung!

Das schrieb

„Der Kandidat der Reaktion heißt Hindenburg“
„Vorwärts“ vom 15. April 1925

die SPD 1925 gegen Hindenburg!

Das „Kleinere Uebel“ im sozialdemokratischen Spiegel

Die neben- und untenstehenden vier Bilder brachte der „Vorwärts“ im Jahre 1925 zur Präsidentschaftswahl gegen Hindenburg. Damals schrieb der „Vorwärts“: „Wer die Reaktion haßt, bekämpft Hindenburg! Wer seine Stimme Hindenburg gibt, begeht Verrat.“

Heute ist Hindenburg, „der Kandidat der Reaktion“, der offizielle Kandidat der deutschen Sozialdemokratie.

Heute ist der Feldmarschall des Krieges der Kandidat, für den die Wels, Severing und Otto Braun zur Wahl aufrufen.

Heute wird den sozialdemokratischen Arbeitern zugemutet, in der Einheitsfront mit den schwarzweißroten Kriegerverbänden und den Großindustriellen Hindenburg zu wählen. Hindenburg, den Unterzeichner aller Notverordnungen und des Youngplanes!

Verbreitet diese Bilder unter den sozialdemokratischen Arbeitern! Lest die Zitate aus dem Jahre 1925 in jeder Versammlung vor!

Das Hindenburg-Programm.



Strauen, wollt Ihr das wieder?

„Wähler und Wählerinnen! Der Rechtsblock hat auf Befehl der Deutschnationalen und der nationalistischen Verbände nach heftigen inneren Kämpfen die Kandidatur Hindenburgs gewagt, Hindenburgs, des Schildhalters Ludendorffs, des treuen Untertanen Wilhelms II. Der Versackungspolitiker Jarres mußte dem kaiserlichen Soldaten, dem eingeschriebenen Mitglied der Deutschnationalen Partei, weichen!“

(„Vorwärts“ vom 11. April 1925. Aufruf des Parteivorstandes der SPD. gegen Hindenburg.)

★

„Jedes Kind weiß, daß Hindenburg, der Soldat, der Militärmensch ist. Gestern Militarist, heute in Wahlaufufen Pazifist. Wer glaubt diesem Hindenburg, der noch kürzlich seinem Kaiser „die Treue aufs neue versicherte“?“

(Crispien im „Vorwärts“ vom 25. April 1925.)

„Der Krieg bekommt mir wie eine Badekur“

Hindenburg in Kreuznach zu einem amerikanischen Journalisten, wiedergegeben im „Vorwärts“ vom 25. April 1925

Der Friedensengel.



Das „Tannenberg“ der Republik.



Amerika amüßert sich.



1925—1932

... sagte die KPD.

Schon im Jahre 1925 hat die Sozialdemokratie bei den Präsidentschaftswahlen die Politik des Trust- und Finanzkapitals unter der Losung des „kleineren Übels“ durchgeführt und die sozialdemokratischen Arbeiter aufgefordert, den Zentrumskandidaten Marx zu wählen.

Marx war im Jahre 1925 so wenig das „kleinere Uebel“ gegen Hindenburg wie heute Hindenburg das „kleinere Uebel“ gegenüber einem anderen Kandidaten der kapitalistischen Diktatur ist.

Mit der Losung des „kleineren Übels“ versuchen die sozialfaschistischen Führer ihre klassenfeindliche Politik gegen das Proletariat zu verschleiern und büden damit dem Proletariat die schlimmsten Uebel des Kapitalismus auf.

„Hindenburg ist nicht eine Person, sondern ein Programm.“ Es ist das Programm der Junker, der Generale, der Großbankiers und der Großindustriellen.

Aber das Hindenburgprogramm ist auch das Marxprogramm. Denn Marx ist der Mann des Ermächtigungsgesetzes, der Zivilgehilfe von Seeckt. Marx wird als Präsident auf Befehl der Schwerindustrie dasselbe Programm durchführen, für das die Rechtsparteien durch Aufstellung der Kandidatur Hindenburgs demonstrativ eintraten.

(„Rote Fahne“ 9. April 1925.)

Was damals für Hindenburg und Marx galt, das gilt heute für Hindenburg und Hitler und den Hohenzollernprinzen Oskar, oder wie die Kandidaten der Bourgeoisie sonst heißen!

Rechnet ab mit der Hindenburg-SPD! Keine Stimme den Notverordnungspolitikern!

Keine Stimme für Hindenburg oder einen anderen Kandidaten der kapitalistischen Klasse!

Die Stimmen aller sozialdemokratischen Arbeiter, aller Werktätigen für den

Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann

Massenstreiks in Polen

Warschau, 29. Februar. Auf einer am gestrigen Sonntag stattgefundenen Tagung der Kommunalbeamten und städtischen Angestellten wurde der Beschluß gefaßt, gegen die beabsichtigten Lohnkürzungen und Entlassungen am 1. März in den Streik zu treten. Die Tagung stand unter dem Druck der Massen der Beamten und Angestellten, die in vielen Gemeinden schon seit Monaten keine Gehälter ausgezahlt bekommen haben. In Warschau allein werden am 1. März 20 000 Beamte und Angestellte in den Streik treten.

Der Generalstreik im Dombrowaer Revier dauert mit unverminderter Heftigkeit an. Die Hartnäckigkeit, mit der die gesamte Arbeiterschaft den Kampf führt, hat in den Kreisen der Unternehmer Unruhe ausgelöst. Dies um so mehr, als sie sich bisher der Hoffnung hingeben hatten, es werde den reformistischen Gewerkschaftsführern gelingen, den Streik abzuwürgen. Dieser Versuch der reformistischen Gewerkschaftsführer aber ist an dem eisernen Widerstand der Arbeiterschaft gescheitert. Die Arbeiter haben Plakate angebracht, auf denen die Namen der im Verlaufe dieses Streiks von der Polizei ermordeten sieben Arbeiter angeführt werden. Die Plakate haben auf die Arbeiterschaft einen ungeheuren Eindruck gemacht.

In Oberschlesien stehen schon seit mehreren Tagen eine Anzahl von Hütten im Sympathiestreik. Gestern trat der Kongreß der reformistischen Gewerkschaften zusammen und beschloß, den Sympathiestreik der ober-schlesischen Arbeiter zu verhindern. Trotzdem verzharren die Arbeiter der bereits streikenden Gruben nach wie vor im Kampf, und der Sympathiestreik in Oberschlesien gewinnt an Ausdehnung. Gestützt auf die arbeiterfeindliche Taktik der Reformisten hat der Unternehmerverband Oberschlesiens beschlossen, den Tarifvertrag bis zum 31. Mai zu kündigen mit dem Zweck, eine 25 prozentige Lohnkürzung durchzuführen. Die Polizei hat gestern die linkssozialistischen Verbände Oberschlesiens aufgelöst und eine Anzahl von Verhaftungen durchgeführt.

Finnlands weiße Armeen marschieren auf!

Helsingfors, 29. Februar. In ganz Finnland entfalten finnische Faschisten (Lappo) von neuem eine sehr rege Tätigkeit. Bewaffnete Banden marschieren überall auf und stürmen Arbeiterlokale. Die Führer der Lappo haben der Regierung Forderungen überreicht, in denen sie den Rücktritt des Innenministers und die Auflösung der Sozialdemokratischen Partei verlangen.

Die gegenwärtige Aktivität der Lappo ist gegen die Sowjetunion gerichtet. Die finnischen Faschisten wittern Morgenluft. Die gegenwärtige Regierung Finnlands ist eine faschistische Regierung, die voll und ganz die Unterstützung der Sozialfaschisten genießt. Wenn trotzdem die finnischen Faschisten jetzt die sozialdemokratischen Lokale stürmen und die Auflösung der Sozialdemokratischen Partei fordern, so aus dem Grunde, weil sie den Widerstand der Arbeiterschaft in dem Krieg gegen die Sowjetunion, den sie vorbereiten, befürchten.

Streitwelle über Spanien

Madrid, 29. Februar. In allen Provinzen Spaniens nimmt die Streikbewegung an Umfang zu. In Santander sind die Straßenbahner zur Durchsetzung ihrer Forderungen in den Streik getreten. Die Tagelöhner haben Sympathiestreik erklärt. In der Provinz Avila streifen die Landarbeiter. Hier kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen den Streikenden und der Zivilgarde. Ein Arbeiter wurde getötet und mehrere schwer verwundet. In Tisca (Provinz Cordoba) haben Landarbeiter die Güter besetzt und sich der Olivenernte bemächtigt. Auch in Granada kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen revolutionären Arbeitern und Nationalisten.

Die Gewerkschaft der asturischen Bergarbeiter mit 10 000 Mitgliedern hat auf ihrer Tagung ihren Ausschluß an die R.G.S. beschlossen.

Verhandlungen über Aufteilung Chinas

Japans Pläne zur Völkerbundsversammlung — Der heroische ant imperialistische Volkskrieg in Schanghai soll im Blut erstickt werden

Tokio, 29. Februar. Aus gut unterrichteten Kreisen wird mitgeteilt, daß Japans Vertreter in Genf auf der außerordentlichen Völkerbundsversammlung am 3. März den imperialistischen Mächten Vorschläge für die Aufteilung Chinas übermitteln werden.

Zunächst soll mit Tschangkaifsch eine Vereinbarung über den Rückzug chinesischer Truppen 20 Kilometer vor Schanghai getroffen werden. Den Widerstand der chinesischen Bevölkerung hofft Japan durch die in Schanghai stationierten imperialistischen Truppen brechen zu können. Nach der Annexion Schanghai und

Übernahme der Stadt in gemeinsame imperialistische Verwaltung soll die Aufteilung der wichtigsten anderen Handelsstädte erfolgen.

Krieg bringt Arbeitslosigkeit

Die Zahl der Chinesen, die im Zusammenhang mit der Erweiterung des Kriegsschauplatzes arbeitslos werden, wird immer größer. In Schanghai sind gegenwärtig 1 Million Arbeiter, Handwerker, Gewerbetreibende, Händler usw. arbeitslos. Aus dem Kanon Honkew allein wurden ungefähr 500 000 Personen evakuiert, die infolge dessen aller Existenzmittel beraubt sind. Ueber 300 000 Einwohner Schanghai sind obdachlos.

Hinrichtung der 8 Negerknaben am 6. April

Massenprotest muß die Klassengenossen in letzter Stunde dem Henker entreißen

New York, 29. Februar. In der Berufungsverhandlung gegen die acht unschuldig verurteilten Negerknaben von Scottsboro ist das Todesurteil bestätigt worden. Die Hinrichtung auf dem elektrischen Stuhl wurde auf den 6. April festgesetzt.

Seit fast einem Jahre hält das Schicksal der acht Negerknaben in Alabama die Werktätigen der ganzen Welt in Atem. Als Opfer systematisch geführter Rassenhete sind sie im vorigen Jahre der gesetzlichen Lynchjustiz zum Opfer gefallen und unter dem Druck des mit Knüppeln bewaffneten patriotischen Mobs zum Tode verurteilt worden. Zum Tode verurteilt auf Grund der Aussagen einer von der Polizei gelaugten Prostituierten.

Das nunmehr bestätigte Todesurteil in Alabama hat daher allgemein politische Bedeutung. Der Kampf gegen das infame Bluturteil ist ein Kampf gegen den brutalen Unterdrückungswillen der Bourgeoisie Amerikas, die vor keinem Verbrechen zurückschreckt, um ihre Herrschaft über den Neger, der für sie nur Arbeitsvieh ist, aufrechtzuerhalten.

Es gilt einen Massensturm des Proletes gegen das geplante ungeheuerliche Verbrechen gegen die Negerknaben, von denen der Jüngste 14 Jahre alt ist, zu entfachen.

Weniggrad, 29. Februar. In zahlreichen Betrieben und Werken finden große Protestkundgebungen gegen die beabsichtigte bestialische Ermordung der acht jungen Negerarbeiter in Scottsboro seitens der amerikanischen Bourgeoisie statt. 36 000 Arbeiter der Kragny- und Putlow-Werke nahmen in einer Riesendemonstration eine Resolution an, in der es u. a. heißt: „Das Todes-

urteil gegen die acht Negerarbeiter ist einer jener Schläge, die die Bourgeoisie der stürmisch wachsenden revolutionären und nationalen Befreiungsbewegung der Werktätigen aller Länder versetzt. Das Blut Saccos und Vanzettis ruft uns zu mächtigen Protesten gegen den Terror der amerikanischen Bourgeoisie auf.“

Auch in zahlreichen anderen Werken wurden ähnliche Resolutionen angenommen.

Fünf Todesurteile in Indien

Kanung, 29. Februar. In dem Verfahren gegen birmanische Aufständische wurden weitere fünf Personen zum Tode und fünfzehn zu lebenslänglicher Deportation verurteilt.

Eine Abteilung birmanischer Aufständischer unternahm einen erfolgreichen Angriff auf ein Dorf im Bezirk Senzada. Es wurden 60 Pfund Sterling beschlagnahmt. Bei dem Kampf wurden fünf Polizisten getötet, während sich die Aufständischen ohne Verluste zurückziehen konnten. Polizei und Truppen machten Heberfälle im Bezirk Manbin. Dabei wurden 16 Personen verhaftet, von denen man annahm, daß sie den Aufständischen angehören.

Litauischer Landesdirektor in Memel

Memel, 29. Februar. Ohne den Landtag zu befragen, hat heute der litauische Gouverneur Merlys den Herr der litauischen Schule in Memel, Simmat, zum Präsidenten des Direktoriums ernannt. Simmat soll nun ein vollständiges Direktorium zusammenstellen. Der neuernannte Präsident hielt es nicht einmal für notwendig, sich mit der Mehrheitspartei, also mit den Deutschen, ins Einvernehmen zu setzen.

Mit diesem Vorgehen frönt die litauische Regierung ihren Gewaltstreik in Memel. Dem Statut gemäß ist das Direktorium eine Exekutive des Landtages. Da der Landtag eine deutsche Majorität besitzt, wird er gar nicht gefragt, und der Gouverneur ernannt einen Direktor über den Kopf des Landtages hinweg. Diese Haltung Litauens ist nicht zuletzt eine Folge der Haltung der deutschen Bourgeoisie in Memel. Böttcher, der frühere Landdirektor, hat bekanntlich vor einigen Tagen an den Gouverneur einen Brief gerichtet, in dem er seine vollständige Unterwerfung erklärt, während die deutsche Regierung darum steht, die ganze Frage an den Haager Schiedsgerichtshof zu überweisen, was einen vollständigen Verzicht gleichkommen würde.

Die litauische Regierung hat keine Schranken mehr auferlegt und nun darangeht, auch den letzten Schein einer sogenannten Autonomie weg zu wischen.

In Buenos Aires fanden große ArbeitslosenDemonstrationen statt. Die Polizei wurde mit Steinhagel zurückgetrieben.

Für die neue Heimat

Hugo Huppert

Deutsche Arbeiter an der Kohlenfront des Fünfjahrplans

1. Fortsetzung.

„Ach, du lieber Himmel, gar nichts taugt hier“, jagte Guhl mit einer verächtlichen Handbewegung. „Möchte doch nach dem Donbass rüber machen, eh man uns hier als Stiefkinder agnostiziert. Junge, Zupp, in dem Dachloch, da weiß man erst, was dat für'n Paat wür, zu Hause!“

Und in Guhls Erinnerung tauchten grandiose Bilder auf: die schwarzen Keviere aus Stahl, Beton, Asphalt, die blanken bräunlichen Kohlenzehen, die er haßte und bewunderte. Er sah das Metallgerüst des Förderturms auf Zeche „Bismarck“ oder auf „Prinz Heinrich“, wo er zuletzt gearbeitet, bevor er als Abgebauter aufs laubere Pflaster flog. Er sah die mehrstöckigen Aufzüge, die Benzinlokomotiven, die Ventilatoren, die Kompressoren-Batterien, wie wie Orgeln klangen, die Schrämmaschinen, die Rutschen und Fließbänder, die elektrisch durchmechanisierten Sägen des Bergwerks mit seinen tausend und hundert Patenten, die der Hochkapitalismus anwendet, um die Ausbeutung der Menschen und der Kohlenflöze zu beschleunigen, zu vervielfachen, zu verfeinern.

Mehr als ein Halbjahr schon standen die Deutschen an diesem Abschnitt der sozialistischen Kohlenfront. Das Moskauer Beden war ein gefährdeter Abschnitt: die Brezche, der Wundbruch, Klaffe. Und doch hatten einige von den Deutschen sich noch nicht das „Medern“ abgewöhnt. Sie mederten täglich und stündlich. Gewiß viel es keinem leicht, nach langjähriger Arbeit unter westeuropäischen Bedingungen sich in eine primitive Technik zu finden, wie man sie nur aus den Erzählungen der Großväter gekannt hatte. Aber andererseits stellen neben den Tschemoslawaken, Tataren und Chinesen die deutschen Arbeiter mit ihrer ansehnlichen Parteizahl den proletarischen Hauptstamm, den festen Kader auf Koflow-Grube. Die einheimischen Bergarbeiter sind zum größten Teil Halbbauern, fluktieren hart zwischen Dorf und Grube, je nach Jahreszeit, Wetter und Larne. — mit ihnen sind keine Produktionspläne auf lange Sicht zu schmieden. Die Deutschen haben Paulenz und einige der besten in die örtlichen Sowjets

gewählt. Genosse Weidhorn ist von der Parteizelle in die Kanonkontroll-Kommissionen entsandt worden. Alle zehn Tage spannt er den Gaul vor den Schlitzen und lutschiert ihn nach Uzwawa hinüber, zur Sitzung. Auf die Deutschen stützt sich die internationale Erziehung und die antireligiöse Propaganda. Die Deutschen haben die Patenschaft über den benachbarten Koschys von Smorodino, sie agitieren wirksam für die künstliche Maschinen- und Traktorenproduktion von Bobrit. Die Deutschen sind ein aktives gesellschaftliches Element, man hat sie hier den „Sauerkeig“ genannt. Und dennoch medern manche.

Wir standen vor der Werkzeugkammer, die gegenüber dem unterirdischen Stall und völlig in seinem Dunstkreis lag. Man teilte uns Schlepplagen zu und händigte uns die Proden ein: Lufthammer „Holtmann“ mit Schläud, Wärfeln, Schaufel, Art und Säge (Holzsposten) und Bretter zum Vorbauen werden in Lören nachtransportiert.) Die Werkzeuge waren meist schadhaft, sie wurden skauerlich mißhandelt, denn niemand war für sie verantwortlich. Täglich werden sie abgeliefert und nach dem Geck des Zufalls wieder verteilt. Die deutschen Hauer hatten es bei der Bergverwaltung nicht durchzusetzen vermocht, daß jedem Arbeiter sein Werkzeug für ständig zugewiesen würde, damit er sich an es gewöhne und für es haße. „Eigentümerinstinkt“, murkte der Schachtverwalter Wlassow. Nein, es war eine elementare Forderung des Betriebes, und die wenigen, die ihre eigenen „Proden“ aus Deutschland mitgebracht hatten, arbeiteten besser!

Zum erstenmal merkte ich, daß Guhl an der Rechten nur drei Finger hatte. Er hob die Hand: „Meine Pfote ist 1925 rationalisiert worden“, sagte er. „Der Daumen und die Zeigefinger wurden abgebaut. Das war bei Thyssen. Eine Kutische ging zu Bruch, und das übrige besorgte das Anapfischkapital zu Essen.“ Und grimmig fügte er hinzu: „Dafür habe ich später Satisfaktion erhalten. Als Markl Entschädigung für jeden Finger. Die ganze Hand eines lebendigen Arbeiters ist also in Deutschland 150 Mark zu haben. Als Gratisgabe schenkte mir Thyssens Werkpolizei noch ein Zinanteriegeschloß, so'n fingerlanges Ding, als ich Streikposten stand, hier sitzt es, in der Leude. Man konnte es gar nicht rausoperieren, so gut sah es, ich durfte mich nicht mehr riechen, aber tiefbüden sollte ich mich, ich war nämlich Sozialdemokrat.“

Guhl lachte im Bah, und es klang gelassen in der tauben Kellerräum des Stollens. Auf sein lodendes Erinnerungsbild von Deutschlands blühenden Zehen aus Stahl und Asphalt fiel ein Schatten von drei Reihen Schutzpolizei ...

Mit wilder Kraft schloß er den Lufthammer an die Kohle. Schwarze Blöde rollten vor seine Füße.

★

In der roten Ecke der Parade Nr. 106 — man nannte sie einfach die Deutschen-Parade — versammelten sich nach dem Abendessen die Kumpels die nicht Nachritzt hatte. Der Lautsprecher gröhle. Die lokale Radiopost meldete das Produktionsergebnis der gestrigen vier Sechsstunden-Schichten: 56 Prozent des Planes. Das galt als „guter Tag“; sonst gab es durchschnittlich 52 Prozent und auch weniger.

Seit der Gründung der deutschen Brigade waren zehn Tage verstrichen und sie hatte sich nicht durchzusetzen vermocht. Die sieben Mann waren nach Schicht und Strecke auseinandergerissen, drei staken im Sandgebirg, nur außen und Sobich gaben über Norm: 30 Wagen Kohle statt 24.

Ungeohnte Schwierigkeiten türmten sich auf. Streit herrschte, nicht Weistreit Paulenz wollte sich bei der Administration Liebling machen, meinte Guhl und sein Anhang. Aber gerade die Administration zeigte kein Verständnis für die sieben Bahndreher, half ihnen nicht. Sie verlangte von allen Erfüllung der Norm, weiter nichts. Aber die Norm war eines der schmerzhaftesten Probleme. Wie sollte man Kohle, Wasser, Sand und Tonerde unter einen Hut bringen? Wie sollte man gerecht die Wegstrecke vom Betriebspunkt zum Fördereracht berücksichtigen — verschiedene Längen, verschiedene Gefälle, verschiedener Zustand der Geleise —? Wie sollte man die unverfügbare Wartezeit in Rechnung stellen, die der Schlepper zuweisen dem Hauer auferlegte, wenn er nicht rechtzeitig mit einer leeren Vore zurückkam? Es gab Schichten Tage, an denen der Aufzug krankte; dann erlarmten sogleich über Tag Sortiertröste und Runter, und unten, in der Hauptstrecke, klangen tief lange Züge von vollen Lören, die Schlepper überfüllteten sie mit Flätsen und ließen ihre Mut an den Blinden Pferden aus; bald waren alle Stollen verstopft, und der Stillstand pflanzte sich bis zu den entferntesten Betriebspunkten fort. Dann zündeten sich die Hauer vorchriftwidrig Zigaretten an und vermaldeiten nach russischer Sitte Mutter und Vorfahren der Techniker und Maschinisten dort oben. Alle Telefonleitungen zitterten von der Hochspannung der Schimpfzeden, die sie beförderten, und endlich ließ sich Genosse Wlassow in den Bau herab und erfüllte alle Strecken mit dem unerträglichen Geräusch seines Schapspalzes.

Fortsetzung folgt

Aufruf des SPD.-Vorstandes für Hindenburg

SPD.-Arbeiter, hinein in die rote Einheitsfront / Kämpft mit Thälmann gegen die kapitalistische Front!

Der Parteivorstand der SPD fordert in einem Aufruf offen die die bisherige Verhöhnung der SPD-Hindenburg auf...

Mit denselben abgedrohten Worten, mit denen die SPD-Führer 1925 zur Wahl des Reichspräsidenten...

Mit dem ungeheuren Betrug vom „kleinen Hebel“ mit dem die SPD-Führer einen Anblick...

Rede Störmer, die Thälmann entziffert und Hindenburg zugeführt wird ist ein Scherz gegen Hitler.

Mit diesem frechen Schwindel glauben die SPD-Führer die Arbeiter zu täuschen...

Während die rote Einheitsfront in erbittertem Kampfe gegenübersteht...

Nur der entschlossene Kampf der breitesten roten Einheitsfront kann die Verleumdungen...

Darum gehören auch alle sozialdemokratischen Arbeiter, die sich gegen die Verleumdung...

Der Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes für Hindenburg wird die Empörung...

Eine erbärmliche Heuchelei über 'Frauenrecht' und 'Frauenwürde'

Die Sozialdemokratie führt ein neues Betrugsmanöver durch, um die werktätigen Frauen...

Die sozialdemokratische Abgeordnete Zuchacz verlas im Reichstag eine verlogen heuchlerische Erklärung...

In diesem Aufruf heißt es:

„Die Frauen wollen keinen Völkerring und Bürgerkrieg... Für Frauenrecht und Frauenwürde... Gegen Gewalttätigkeit und Diktatur.“

Die SPD gegen „Völkerring“? Lassen wir Ihre Taten sprechen!

Die SPD hat im Reichstag 750 Millionen für den Wehrersatz und für die Aufrüstung Deutschlands bewilligt...

Die SPD ist für den Krieg gegen die Sowjetunion. Die japanische Sozialdemokratie unterstützt den Raubkrieg...

Die SPD fordert jetzt die Frauen auf, den Kriegsgeneral Hindenburg zu wählen...

Wer von den Frauen am 26. April seine Stimme für Hindenburg abgibt, begeht Verrat...

Die SPD teilt die Frauenrechte mit Fischen. Der Lohnabbau der Arbeiterinnen wurde von sozialdemokratischen Schlichtern gefälscht...

Die SPD hat im Reichstag den erwerbslosen Arbeiterinnen die Unterstützung gelürzt...

Die SPD fordert in einem Gesetzentwurf, eingebracht im Reichstag Januar 1932, Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr für abtreibende arme Frauen...

Viele wenigen Beispiele, die man beliebig ergänzen kann, zeigen, daß die Thralen der SPD...

Die SPD ist nicht gegen die Gewalttätigkeit des Kapitalismus, sondern unterstützt das kapitalistische System...

Rede Störmer der werktätigen Frauen dem roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann...

SPD. will Milliardensubvention für Schwerindustrie

Die „Verstaatlichung der Montanindustrie“ ein neuer Schwindel

Die SPD hat im Reichstag ein Gesetzentwurf eingebracht, der die Verstaatlichung der Montanindustrie fordert...

Die sozialdemokratische Presse feiert diesen Antrag als ein Stück „Sozialismus“...

Der Aufruf der SPD wird eingebracht in einem Augenblick, wo die sozialdemokratische Partei...

Ablenken von allen Schwindeln, die die SPD bisher bezogen hat, ablenken von der Tatsache...

Aber selbst wenn der Antrag der SPD zum Gesetz werden, wenn also der Staat die Montanindustrie...

Der kapitalistische Staat soll formell die Aktien der bankrotten Kapitalisten übernehmen...

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, ein schwerindustrielles Blatt, stellt mit Recht fest...

Die SPD hat im Reichstag ein Gesetzentwurf eingebracht, der die Verstaatlichung der Montanindustrie...

Kein Arbeiter läßt sich von den Wels, Seipart und Kompanie betrogen...



Das sind die Kampfbroschüren der SPD.

Jeder Parteigenosse sorgt für Massenumsatz im Betrieb, auf der Stempelstelle, auf dem Lande!

Nazi-Führer für Tribute für den Völkerring und Krieg gegen die Sowjetunion!

Ein fetteres und erbärmlicheres Einreden der Naziführer für die Youngtribune hat es noch nicht gegeben!

- 1. die sofortige Einstellung aller Tributzahlungen, 2. die Annullierung der sogenannten „privaten Schuldverpflichtungen“ an die internationalen Finanzräuber.

Wie aber verhielten sich die Nationalsozialisten zu diesem Antrag? Mit allen geistigen und erbärmlichen Kunststücken...

sie enthielten sich der Stimme.

Das charakterisiert einerseits ihre Rolle als treue Youngtribune, andererseits aber auch ihr abgeleimtes Demagogenspiel.

Als es dann noch zur Abstimmung über den kommunistischen Antrag auf Austritt aus dem Völkerring und über die weiteren Anträge...

„Ich“ von Thälmann und Young auf Kommando den Saal verlassen.

Überall in allen Versammlungen, auf den Stempelstellen, in den Betrieben...

Die Naziführer sind für die Verbechtung des Young-Tribute, für das Versailles System...

Der Kampf gegen die Naziführer ist Kampf gegen das Young-System, ist Kampf gegen den imperialistischen Krieg!

Aus dem werktätigen Volk wollen die Naziführer die Mittel für die Youngtribune herauspressen.

Das haben sie schon den ausländischen Kapitalisten versprochen, darum mußten sie sich im Reichstag so erbärmlich erklären...

roten Arbeiterkandidaten Thälmann!